Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Vernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 3. Juli 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Vernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wochentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Sonntags-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Proletarierblut.

Rom, Ende Juni.

In der Ebene von Ferrara hat die „Turiner Bank“ eine große Fläche in Besitz genommen, um Bodenmeliorationen vorzunehmen; es handelt sich um ein Areal von 80.000 Hektaren. Die landwirtschaftlichen Arbeiter der ganzen Provinz haben, wie bekannt, in der letzten Zeit Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt. Die meisten der Grundbesitzer bewilligten die Forderungen oder aber sie kamen wenigstens den Arbeitern insofern entgegen, als sie unter Leitung des Präfecten mit den Vertretern der Arbeiterkassen in Unterhandlung traten. Nur die „Turiner Bank“, deren Aktien schon infolge der vorhergehenden Streiks stark gefallen waren, weigerte sich, selbst die Wünsche der Arbeiter zur Kenntnis zu nehmen. Sie ließ unter der Vorherrschaft, es sei an Arbeitskräften, Arbeiter aus Piemont kommen und versprach diesen einen Tagelohn von 7,50 Fr., währenddem sie den Streikenden die geforderten 7 Fr. verweigerte.

Die Ankunft der piemontesischen Arbeiter rief unter den Streikenden eine wohl erklärliche starke Aufregung hervor. Die große Mehrzahl der Piemontesen weigerten sich indes, die Arbeit aufzunehmen, sobald ihnen der Stand der Dinge bekannt wurde. Nur in einem abgelegenen Teil der Besitzung nahm eine Anzahl piemontesischer Arbeiter, die von der Situation nicht unterrichtet waren, die Arbeit auf. Und so machte sich ein Trupp von etwa 500 Bauern, Frauen und Kindern auf, um die Arbeitenden von der Lage der Dinge zu unterrichten, ihnen zu sagen, daß der größte Teil ihrer Kameraden sich mit den Streikenden bereits solidarisch erklärt hatte.

Auf ihrem Marsch dahin hatten sie eine Brücke zu überfahren, auf der ein Offizier mit etwa 20 Soldaten aufgestellt war. Dieser gebot Halt und forderte die Streikenden auf, sich zurückzuziehen; als diesem Befehl nicht stattgegeben wurde, kommandierte er Feuer. Zwei Tote blieben auf dem Plage liegen und 35 waren verwundet.

Jetzt, nachdem Blut geflossen, hat sich die „Turiner Bank“ herbeigewandt, mit den Arbeitern zu unterhandeln, hat sich dem Schiedspruch des Präfecten unterstellt und schließlich die Bedingungen der Arbeiter angenommen.

Der Sieg gehört den Arbeitern. Ein teuer erkaufter Sieg.

Spätere, ins Einzelne gehende Berichte unseres römischen Korrespondenten zeigen, daß die ganze Schuld den Offizier trifft:

„Der Junge der Arbeiter hielt auf der Brücke an und verlangte vom Offizier einen Parlamentsakt. Die Streikenden wollten dem kommandierenden Offizier wissen lassen, daß sie ohne Waffen seien, daß sie ohne böse Absichten gekommen wären; nur aufklären wollten sie ihre Arbeitsbrüder, sie auffordern, die Arbeit wenigstens so lange ruhen zu lassen, bis der Präfect einen Schiedspruch gefällt habe. Die Leute winkten mit blauen Taschentüchern und der Leiter der Arbeiter-Liga, Desvo, ging ruhig, den Hut in der Hand, auf den Lieutenant zu.

„Ich bitte das Wort!“ rief er dem Lieutenant zu.
 „Hier haben Sie’s!“
 Damit feuert der Lieutenant die Benedetto drei Kugeln aus seinem Revolver auf ihn ab.

Desvo, von drei Kugeln in den Kopf getroffen, stürzt tot zu Boden. Sodann kommandiert der Offizier Feuer, und als er bemerkt, daß die Soldaten absichtlich zu hoch schießen, schlägt der Mannsch die Gewehrläufe der Soldaten nach unten, damit die Kugeln ihre Opfer treffen. Zwei Soldaten wurden abgebeugt; die Zahl der Verwundeten, von denen viele in den Rücken geschossen waren, beläuft sich auf 50. Ein Bauer Fuffati, der, von einer Kugel getroffen, zusammenbricht, ruft: Mut, Kameraden! Hoch der Socialismus!

Der Offizier, der das Blutbad angerichtet hat, ist als ein brutaler Patron bekannt. Schon einige Tage früher soll er geäußert haben: „Diese Leute müssen mit Blei gefestert werden.“

Das Blutbad von Verra ist dann, wie schon telegraphisch gemeldet, Gegenstand einer Interpellation in der Kammer gewesen. Dissolati brachte sie im Namen der socialistischen Fraktion ein. Der Minister Giolitti beantwortete sie und verteidigte die Haltung des Militärs im Namen des Rechts des Besitzes und unter Berufung auf die Freiheit der Arbeit. Dissolati konnte sich, indem er die Thatfachen in wesentlich anderer Weise darstellte als der Minister, auf die Berichte eines bürgerlichen Journalisten, Adolfo Rossi, berufen, der an Ort und Stelle eine Untersuchung angestellt hatte. Dissolati geißelte in scharfen Worten das Verhalten des Offiziers; seine Rede wurde zu einer Anklage gegen den Militarismus überhaupt.

Dies führte den Kriegsminister auf den Plan. Bonza di Martino suchte den Offizier in Schutz zu nehmen; Dissolati habe, so führte der Kriegsminister aus, seine Eigenschaft als Volksvertreter dazu benützt, die Armee mit Unrat zu bewerfen.
 Dissolati rief: „Nehmen Sie das zurück! Sie sind der würdige Vorgesetzte jenes Lieutenants!“
 Mirabella: „Unverschämte Soldateska!“
 Ferri: „Nehmen Sie das Wort zurück, wie sind nicht in der Kaserne hier, Sie Schuft.“

Der Kriegsminister geriet in Wut, will sprechen, der Kammerpräsident Silva bebt die Sitzung auf. Nachdem Ruhe eingetreten, erklärte der Kriegsminister, daß er weder die Kammer, noch Dissolati habe beleidigen wollen. Dissolati erklärt, daß er nur Thatfachen angeführt, die von glaubwürdigen Zeugen herrühren.
 Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Der Zwischenfall Ferri kontra Kriegsminister ist, wie wir schon erwähnt haben, mittlerweile ebenfalls erledigt.

Anßerhalb der Kammer dagegen herrscht noch große Aufregung über die brutale That des Offiziers. Am vergangenen Sonntag fand in Rom eine Protestversammlung der Arbeiterkassen statt; die Polizei unterließ diesmal die gewöhnlichen provokatorischen Eingriffe. Ferri und Andrea Costa ergriffen noch einander das Wort.

Costa sagte: Man solle nicht auf Rache sinnen, sondern immer mehr für Aufklärung der Arbeitermassen sorgen. Auch einige radikale Redner ergriffen das Wort.

Der oben erwähnte Journalist Adolfo Rossi, ein Gegner der Socialdemokraten, ist im Auftrage eines bürgerlichen Blattes in Verra Ferrarese. Er hat festgestellt, daß die friedlich dahinziehenden Arbeiter keinerlei Gewaltthätigkeiten gegen die aufgestellten Soldaten unternommen haben. Desvo habe, mit weißem Taschentuch und Hut schwenkend, sich dem Offizier genähert, um ihm den Zweck ihres Kommens andeinander zu sagen. Da seien die Schüsse gefallen.

Die Opfer des dem Kapitalismus dienenden Militarismus sind am Sonntag beerdigt worden.

Ein wirtschaftliches Spiegelbild.

Ein wirtschaftliches Spiegelbild, welches allgemeineres Urteil zuläßt, giebt der Handelskammer-Bericht von Ruhrort pro 1900/1901. Der Bericht spiegelt wieder die jubelnde, dividendensüchtige Stimmung im Beginn des Geschäftsjahrs, dann die mit Schrecken wahrgenommene Krise, den rücksichtslosen Interessenkampf der Rohprodukt-Syndikate, das Jammern der im Wettlauf um Profit Zurückbleibenden, die Schädigung der Gesamt-Volkswirtschaft durch die Preispolitik der Syndikate und die Chaotrolle des Arbeiters, der während der Glanzperiode mit einem Linsengericht abgepeist wurde und nun durch Lohnreduktionen und Währungsregelung auf schwerste getrossen, auch noch durch verstärkten Brotwucher in seiner Lebenshaltung sich bedroht sieht.

„Der Kohlenhandel“, so heißt es in dem Bericht, „blickt auf ein befriedigendes, in seiner ersten Hälfte glänzendes Geschäftsjahr zurück.“ Es wird sodann konstatiert, daß zur Befriedigung der Nachfrage so gar englische Kohle im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Aufnahme fand. Das Kohlenhandelsjahr ließ sich erst zum Abschluß der Verträge drängen, um dann natürlich Preis- und Abnahmebedingungen zu stellen resp. aufzuzwingen, die dem Syndikat auf ein Jahr hinaus ein sicheres Geschäft garantierten.

Durch diese Politik mußten die Preise der verschiedenen Kohlenwerke in die Höhe gehen. Es betrug die Steigerung, bei melierten und Förderkohlen durchschnittlich 1 M., bei Ruh I, II und III 1,25 bis 1,50 M., bei Ruh IV 1,50 M. auf die Tonne. Aufsteinkohlen notierten je nach Qualität 2—4 M. höher wie im Vorjahr.

Auch die Produktion der Rechen im Handelskammer-Bericht erfuhr eine Steigerung von 2.134.558 Tonnen pro 1899 auf 2.782.427 Tonnen in 1900. Die Verhältnisse auf dem Coaksmarkt waren gleich glänzend für die Unternehmer, wie beim Kohlenhandel. Die Produktion stieg von 348.275 Tonnen in 1899 auf 591.460 Tonnen im Berichtsjahr. Der Preis für Coaks stieg seit 1899 um 100 Proz. und mehr.

Da die Eisenerzeuger ähnlich wie das Kohlen- und Coak-Syndikat den Verbrauchern langwierige Verträge ausdienten, war auch für sie das laufende Jahr ein noch sehr ergebnisses. Zu Anfang 1900 zwang man den Abnehmern noch eine Preissteigerung von 2,60 M. für Rohspat und 3,50 M. für Röstspat an.

Das waren zu Anfang 1900 die Verhältnisse, die, wie der Bericht besonders hervorhebt, zum Teil gefördert wurden durch übertriebene Befürchtungen der Verbraucher bezüglich der weiteren Gestaltung des Marktes. Nahrung fand diese Befürchtung „in tendenziösen Berichten und Andeutungen einer parteiisch befangenen Presse“. Unter dieser künstlich gesetzten Angst vor einer Kohlennot wurden die übertriebenen Preisforderungen acceptiert, ebenso das Verlangen der Rohstoffverbände auf Uebernahme bestimmter Mengen auf Zeit.

Unter diesen wenig günstigen Umständen wurden die übrigen Industrien durch die fast unvermittelte hereinbrechende Krise überrascht. Obwohl für Holzzeug und Fertighabrilate noch ansehnliche Aufträge vorlagen, zeigte sich doch bald, daß die Werke weit über das Bedürfnis hinaus Verpflichtungen auf Abnahme von Rohmaterial eingegangen waren. Die gesteigerten Preise für die Rohstoffe ließen natürlich auch die Preise für Eisenwaren in die Höhe schnellen, dies reizte die ausländische Konkurrenz, nothgedrungen mußten die Preise nachlassen, und dazu zeigte sich, daß die Händler weit über den Bedarf hinaus Aufträge erteilt hatten. Die Speculationen blieben aus, weiterer Preisdruck war die Folge. Von dem höchsten Stande im April 1900 gingen die Preise zurück:

für Hematte I	von 107 M. bis auf 75 M.)	ab West
„Deutsch III	104	70
„Luxemburger III	92	54
„Englisch III	98	66

Zu diesem Preissturz haben sich die Werke auch noch genötigt, ihren Abnehmern für die vertraglichen Verpflichtungen Abnahme-Erleichterungen zu gewähren, erfuhren aber ihrerseits mit gleichen Ansprüchen an die Ruhrkohlenverbände schlangens, sogar höhrend Abweisung.

Jetzt zeigte sich die Gemeinschaftlichkeit der angeblichen „nationalen Wirtschaftspolitik“ der Syndikate. Die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Eisenindustrie unterband man durch Hochhalten der Preispolitik, dagegen exportierten die Syndikate zu bedeutend billigeren Preisen und ließen die ausländischen Erzeuger in die Lage, die einheimischen Werke weiter erfolgreich im Preise zu unterbieten. Die Schwierigkeit der inländischen Industrie wurde so durch die rücksichtslose, von blindem Tascheninteresse diktierte anti-nationale Politik der Syndikate ganz bedeutend verschärft. Die Handelskammer urteilt über diese Syndikalpolitik folgendermaßen: „Nicht ganz unberechtigt kritisiert hat das unwirtschaftliche Festhalten des Roheisen-Syndikats an den Bedingungen der zur Zeit der Hochkonjunktur abgeschlossenen Lieferungsverträge, sowohl hinsichtlich des Preises als auch der Abnahmefristen gefunden. Bei

dem inzwischen eingetretenen Preisfall für Roheisen, welcher für einzelne Sorten bis zu 20 M. und mehr beträgt, ist es erklärlich, daß diejenigen Verbraucher, welche sich zu den höchsten Preisen gebunden haben, schwere Verluste erleiden und zum Teil ihrem Ruin entgegen sehen. Unter diesen Umständen wird es schmerzlich empfunden, daß das Syndikat nicht längt (!) durch geeignete Konzeptionen den schwierigen Verhältnissen Rechnung getragen hat. Das Roheisen-Syndikat hat seiner Zeit, durch gleiches Verhalten des Coaks- und Eisenerz-Syndikats veranlaßt und im Hinblick auf die damaligen Auslandspreise für Roheisen, den — allerdings verzeihlichen — Fehler begangen, die Zwangsfrage der Verbraucher etwas mehr als billig und klug zu seinen Gunsten auszunutzen und es hat diesem nun auch den zweiten Fehler hinzugefügt, einer gänzlich veränderten Konjunktur gegenüber auf seinem Rechtstitel zu bestehen. . . .

Geradezu unterbunden durch die teureren Rohstoffe wurde das Auslandsgegeschäfte, welches an und für sich schon dadurch große Schwierigkeiten zu überwinden hatte, daß ihm in der vorhergehenden guten Zeit keine genügende Pflege zu Teil geworden noch hatte zu teil werden können, wodurch manche Verbindung eingegangen war und nun aufs neue angeknüpft werden mußte. Und das angesichts eines überaus starken rücksichtslosen Wettbewerbs amerikanischer Werke. Das konnte auf alle Fälle nur unter Opfern geschehen. In der That war es hohe Zeit, daß Anfang des laufenden Jahres der Halbzeugverband sich entfaltete, den exportierenden Werken eine Ausfuhrvergütung von 15 Mark pro Tonne auf 33/4 Proz. der ausgeführten Mengen von Stabeisen und Blechen, auf 50 Proz. der ausgeführten Drahtmengen zu gewähren.“

Die Rohstoff-Syndikate zeigen sich aber heute noch nicht geneigt, Opfer zu bringen, obwohl seit Mitte Juni v. J. die Verkaufsmöglichkeit im Roheisengeschäfte abgesehen und seit dem Spätherbst die Pläne vollständig und allgemein ist und eine Belebung des Marktes noch gar nicht in Aussicht steht. Unter dieser gemeinschaftlichen Haltung der Syndikate litt sämtliche Werke. Besüglich der Stahl- und Walzwerke konstatiert der Handelskammerbericht seit Herbst vorigen Jahres: „Betriebs einsparungen und Preisrückstellungen standen auf der Tagesordnung. . . . Dieses Mißverhältnis zwischen den Preisen der Rohstoffe und der Fertigfabrikate machte den Betrieb der Stahl- und Walzwerke, namentlich letzterer, selbst dort, wo glänzende Arbeit hereinlau, verlustbringend.“ Von den Erdbeben- und Eisenkonstruktionswerken heißt es: „Sogar keine Bestellungen wurden zuletzt fassen und mühten von Betrieben, die keinen größeren Arbeiterstoß mehr hatten, um nur den Betrieb aufrecht zu erhalten, mit Verlust übernommen werden. In den Werken für Maschinenbau, Eisengießerei und Kesselfabrikation wurden seit Mitte Juni Arbeiterentlassungen und Lohnreduktionen vorgenommen.“ Wehnliches wird berichtet von der Fabrikation von Messing und Bronze, Blechverarbeitung und elektrischen Accumulatoren; daselbst gilt von der Fabrikation feuerfester Produkte, Portland-Cement, Cementwaren und Pflastersteine usw. Besonders ungünstig entwickelten die Verhältnisse sich in der Textilindustrie, was schon daraus hervorgeht, daß die Produktion an Kunstwollen von 720.000 Kilogramm im Jahre 1899 zurückging auf 550.000 Kilogramm im Jahre 1900. Der Bericht vermerkt: Am Schlusse der Berichtszeit stand die ganze Wollbranche unter dem Einfluß einer Mutilosigkeit ohnegleichen; mit Bestürzung sah man auf die ungeheuren Schäden, welche der jähe Preissturz des Rohmaterials verursacht hat.“

Und so giebt sich durch den ganzen Bericht die Klage: Mit stolzen Hoffnungen zog man ein in das neue Jahr und am Ende: Zusammenbruch überall! Und davon ist zum großen Teil die „nationale Wirtschaftspolitik“ der Rohstoff-Verbände schuld, deren Mitglieder allerdings das Bewußtsein haben können: unsere Dividenden stehen noch hoch!

Bei alledem haben die Arbeiter keine Seide gesponnen. Trotz der vertruerten Lebenshaltung stieg das Einkommen der in den Werken des Handelskammer-Berichts beschäftigten 13.008 Arbeiter nur um 3,44 M. pro Jahr und Kopf. Für das laufende Jahr mit den allgemein vorgenommenen Lohnreduktionen wird sich ein bedeutendes Minus ergeben.

Was es sodann in Wirklichkeit mit der von den Kohlenmagnaten immer wieder behaupteten Leistungsverminderung der Bergarbeiter und der angeblichen Aufsaugung des Mehrerlöses durch erhöhte Löhne auf sich hat, darüber giebt der Bericht auch dankenswerten Aufschluß.

Es betrug:

Jahr	die Zahl der Arbeiter	Einkommen pro Kopf Mark	Leistung pro Kopf Tonnen
1899	8.500	1258,10	248,5
1900	10.447	1334,70	263,4

Der Einkommenssteigerung, die zum Teil durch Ueberzeitarbeit eingeholt wurde, steht eine Mehrleistung von rund 15 Tonnen gegenüber. Legt man die oben angegebene Preissteigerung von durchschnittlich 1,25 M. pro Tonne zu Grunde, gewinnt man folgendes Bild:

Leistung pro Kopf Tonnen	Mehrerlös pro Kopf Mark	Einkommen-Steigerung pro Kopf Mark	Weitf. Unternehmer Gewinn pro Kopf Mark
248,5	310,8	76,6	234,00

Die Syndikatsmänner verstehen sich wirklich ausgezeichnet auf „nationale Wirtschaftspolitik“. Nehmen wir zu dem Angeführten noch die mit unheimlicher Sicherheit steigenden Unfallziffern, das Heer von Krüppeln und Kranken, welches das Schlachtfeld der Industrie im vergangenen Jahre wieder lieferte, dann haben wir ein Bild der gelobten kapitalistischen Ordnung, und doch ist das Bild für die Zukunft noch nicht vollständig. In der jetzt schon herrschenden Arbeitslosigkeit, zu den Lohnreduktionen, tritt die Gefahr weiterer Schädigung des Arbeitsmarktes und weiterer Vertiefung der Lebensmittel und damit Verärgerung der Lebenshaltung durch die jüngerliche Schuttpolitik. Was die weitere künstliche Steigerung der Lebensmittelpreise selbst bei der vorjährigen Erwerbs-Gelegenheit bedeutet, darüber giebt die bereits im Vorwört — im socialen Teil — erwähnte Aufstellung, die wir im Handelskammer-Bericht finden, deutlichen Fingerzeig. Bei Verschärfung der Produktionsbedingungen des Hüttenstoffbaues am Rhein und in Holland, werden als günstig für Holland die dortigen niedrigeren Löhne angeführt. Dazu wird dann — die interessante Stelle sei wiederholt mitgeteilt — weiter bemerkt:

Das Fehlen von Bissen auf wichtige Lebensmittel in Holland gestaltet das häusliche Leben dort um ein nicht unerhebliches billiger wie bei uns, zumal im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Wegen des Fehlens der Bisse auf Lebensmittel stellt sich, wie aus einer im Vorwärts gleichfalls schon veröffentlichten Preisstatistik hervorgeht, das Wochenbudget eines holländischen Arbeiters um ein volles Viertel niedriger als das des deutschen Arbeiters! Die Wochenausgabe für den gleichen Konsum in einem bescheidenen Haushalt wird nämlich für Holland auf 21,01 M., für Deutschland auf 28,19 M. berechnet. Einen solchen bescheidenen Haushalt kann sich der deutsche Arbeiter jetzt nicht einmal leisten und dabei wird in der Unternehmerpresse eine Herabsetzung der Löhne als vollständig gerechtfertigt verteidigt. Nach den obigen Ausweisen beträgt der berühmte hohe Lohn pro Woche 25,67 M. Der bescheidene Haushalt verlangt also noch eine Zulage von 2,52 M. und dann fehlt noch Mehl, Steiner, Kleidung usw.!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Juli.

Zum Ministerschub in Baden

wird und von dort geschrieben:

Wenn eine Regierung sich unmittelbar vor einer wichtigen Wahlentscheidung zu größeren Veränderungen in der Zusammensetzung ihres Ministeriums entschließt, so liegt von vornherein die Vermutung nahe, es möchte diese Entschliessung durch Erwägungen politischer Natur veranlaßt worden sein. So auch bei dem bereits gemeldeten badischen Ministerschub. Selbst das hohe Alter des nunmehr aus seinem Amte scheidenden Präsidenten, des Staatsministers Koll, vermag nicht die erschöpfende Erklärung dafür zu geben, warum die Regierung es vorgezogen hat, die Entscheidung der Wähler über den zur Zeit im Lande gesteuerten politischen Kurs nicht erst abzuwarten, sondern bereits vorher eine Aenderung in der Besetzung der wichtigsten Stellen auf dem Staatsdienste vorzunehmen. Wie die Verhältnisse einmal liegen, war die Gefahr einer Niederlage des bisherigen Regierungssystems bei den bevorstehenden Landtagswahlen nicht gering, und das Bestreben der Regierung, lieber einer ihr feindlichen Kundgebung des Volkswillens vorzubeugen, als hinterher unter dem Eindruck der Wucht einer solchen sich zu beugen, erscheint durchaus begründet. Ebenso verständlich aber ist es auch, wenn die Regierung den Anschein, als ob jene Maßregel mit Rücksicht auf die Volkswilligung getroffen worden sei, nach Kräften zu vermeiden sucht.

Die Bahndirektion der badischen Regierung standen, so viel bisher aus der Stellung der einzelnen Parteien im beginnenden Wahlkampf zu ersehen war, überaus schlecht. Die Weigerung des Centrums, seine bewährte und der Regierung bereits bei den früheren Wahlschlachten sehr gefährlich gewordene Offensivstrategie gegen die Nationalliberalen nunmehr gegen die Sozialdemokratie zu kehren und damit die Position der Regierungspartei in erster Linie in der Residenz horizontal gegen den radikal-oppositionellen Angriff zu decken, drohte die Regierung von vornherein demotiviert in taktische Nachteile zu bringen, daß ihre ernente Niederlage unabweislich schien. Die abermalige „Auslieferung der Residenz an den Radikalismus“ mußte für die Regierung aber einen um so schmerzlicheren Schlag bedeuten, weil man sich im Lande eben ansah, mit großem Pomp das im nächsten Jahre fällige Jubiläum der fünfzigjährigen Regierung des Großherzogs Friedrich zu feiern, der seiner leidenschaftlichen Gewandtheit gegen die Sozialdemokratie bereits des Öfteren in öffentlichen Kundgebungen Ausdruck verliehen hat. Die Rettung der Residenz aus den Händen des „Umsturzes“ schien also des Preises einer Konzession an die Radikalen wohl wert, deren verächtlicher Bißgel ohnedies nur auf eine günstige Gelegenheit wartete, um der Regierung zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Hand zu reichen.

Es kam unter diesen Umständen nicht wunder nehmen, wenn gerade Herr Koll, der Präsident des Staatsministeriums, der seit nunmehr 20 Jahren als Leiter des Ministeriums für Justiz, Kultus und Unterricht den liberalen Prävisionen einen ebenso entschiedenen als erfolgreichen Widerstand entgegen stellte, diesen Bestrebungen zum Opfer fiel. Seine Entsetzung im Präsidium des Staatsministeriums durch den bisherigen Minister des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten v. Brauer, der, wie selbst die nationalliberale „Straßburger Post“ zugibt, „vielleicht um eine Kleinigkeit weiter rechts“ steht als Herr Koll, wird in ihrer symptomatischen Bedeutung noch verstärkt durch die Ernennung des Domänendirektors Dr. Reinhard zum stimmungsfördernden Mitglied des Staatsministeriums. Mit der Berufung Reinhardts ist dem oft geäußerten Wunsch des Centrumpresse, es möchte endlich auch ein Katholik im Ministerium berufen werden, stattgegeben worden, wenn Dr. Reinhard seinem politischen Glaubensbekenntnis nach auch der nationalliberalen Partei angehört und als solcher noch vor wenigen Jahren bei einer Nachwahl im Reichstagsfreie Offenburger Wahl gegen das Centrum kandidierte. Auf alle Fälle ist weder er, noch der Nachfolger Kolls im Justiz-, Kultus- und Unterrichtsministerium, der bisherige Oberstaatsanwalt von Dusch, ein „Kulturkämpfer“ im Sinne der badisch-liberalen Traditionen. Dem Katholiken Reinhardts speziell schreibt man die Aufgabe zu, im Ministerium im Sinne des Ausgleichs der kirchenpolitischen Gegensätze zu wirken, was ihm wesentlich erleichtert werden dürfte durch die freundliche Haltung, die er den Forderungen des Centrums auf Einführung von Klöstern und Orden gegenüber einnimmt.

Der badische Ministerschub stellt sich so dar als ein Ausfluß des Bestrebens der Regierung, dem Centrum einigemmaßen entgegenzukommen und insbesondere dem einer Verständigung mit der Regierung geneigten Flügel desselben, der sich unter die Führung des Landgerichtsdirektors Lehner gestellt hat, das Abschwören von der vom intrinsigenten Parteiführer Pfarrer Wacker vorgezeichneten Kampflinie: Unter allen Umständen gegen die Nationalliberalen! zu erleichtern. Der eigentliche und letzte Grund für diese Berührung mit der Berufung des „konservativ angehauchten“ Herrn Scherrel an Stelle des Kulturkämpfers Eisenlohr zum Ministerpräsidenten eingeleitete Rechtschwenkung unserer Regierung ist allerdings in der wachsenden Angst vor der immer mehr erstarrenden Sozialdemokratie zu suchen, deren Chancen auch bei den diesjährigen Kammerwahlen allseits wieder als sehr günstige betrachtet werden. Die in der inneren Politik des Reichs beobachtete Erscheinung, daß die Kurze vor dem „Umsturz“ die Regierung in die Arme des Radikalismus treibt, beginnt sich auch im kleinen badischen „Ministerlande“ zu zeigen und wird hier zu denselben Konsequenzen führen wie drüben.

Die Sozialdemokratie Badens wird von diesem Frontwechsel der Regierung in ihrer prinzipiellen Haltung natürlich nicht im geringsten berührt und auch ihre bisherige wahlpolitische Stellungnahme kann selbst dann keine Veränderung erfahren, wenn das Centrum auf den Köder der Regierung anbeißt und seine auf der Offenburger Landesversammlung festgelegte Wahlparole mit Rücksicht auf den inzwischen erfolgten Ministerschub nachträglich einer Revision zu Gunsten der nationalliberalen Regierungspartei unterziehen sollte.

Wir haben nirgends im Lande auf die Wahlhilfe des Centrums gebaut und sind andererseits diesem gegenüber auch keinerlei Verpflichtungen eingegangen. Mag also kommen, was da wolle: unsre Stellung im bevorstehenden Wahlkampf ist klar, und das Centrum möge gegebenenfalls sehen, wie es sich mit der Wählerchaft abfindet als Helfershelfer einer Regierung, die der primitivsten politischen Forderung des Volkes, der Einführung des direkten, allgemeinen und gleichen Wahlrechts zum Landtag, seit Jahren einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzt.

Deutsches Reich.

Wie die Legende einer Verchwörung gegen das Leben des deutschen Kaisers entstand.

Am 3. Juli wird uns geschrieben: Seit der im September 1900 erfolgten Ermordung des Königs von Italien vergeht kaum eine Woche mehr, in der nicht von neuen anarchistischen Verchwörungen und Attentatsprojekten gegen irgend einen monarchischen Herrscher oder Präsidenten einer Republik geschwätzt wird. Jüngst hieß es, in seiner Heimatgemeinde Sadio, Provinz Vicenza, habe ein Italiener einen Selbstmordversuch begangen und als Grund zu demselben angegeben, daß er Mitglied eines anarchistischen Komplotts in dem sonst so friedlichen und idyllischen Wädensweil am Jülichsee gewesen und von demselben beauftragt worden sei, Kaiser Wilhelm II. zu ermorden. Er habe aber nicht gewagt, den Auftrag auszuführen, sondern wolle sich lieber selber das Leben nehmen. Natürlich wurde sofort nach Rom und Berlin telegraphiert und auf Veranlassung der dortigen Regierungen nahm sich der schweizerische Bundesrat bezw. die Bundesanwaltschaft der Sache an. Schleunigst reiste der Bundesanwalt Kronauer von Bern nach Wädensweil, um da an Ort und Stelle die Untersuchung selbst zu führen. Diese ergab indessen ein völlig negatives Resultat. In Wädensweil arbeiten allerdings mehrere Schoten, die sich nicht durch besondere monarchische Gesinnung auszeichnen; aber der Selbstmörder hat nicht Wädensweil wegen eines anarchistischen Auftrags verlassen, sondern weil er einem Nebenarbeiter 270 Fr. gestohlen hatte! Als er diese Summe verjubelt hatte, kehrte er in seine Heimat zurück, wo ihm seine Pflegemutter, die inzwischen von dem Diebstahl unterrichtet worden war, wohl einen sehr unfreundlichen Empfang bereitet haben mag. Aus Verzweiflung darüber beging er dann einen Selbstmordversuch, zog es aber nachher im Spital vor, statt der beschämenden Wahrheit eine Attentatsgeschichte zu erzählen.

So entstehen „anarchistische Komplotte und Attentate“, die dann die Schornsteinerpresse mit gewohnter Gewissenlosigkeit für ihre lichtschenen Zwecke zu fruchtbareren versucht.

Herr Ruhland.

Den gegen ihn gerichteten Anklagen begegnet Herr Professor Ruhland mit einer verblüffend einfachen Abwehr. Er hält sich beide Ohren zu und ruht ohne Unterlaß mit größter Anspannung seiner Stimme: Es ist unwahr, es ist unwahr, es ist unwahr! Schade nur, daß eine von Herrn Ruhland besessene Thatsache dadurch erst recht an Glaubwürdigkeit gewinnt, daß er sie als unwahr bezeichnet.

Herr Ruhland beklagt zwei Blätter mit seinen „Unwahrheiten“. Den „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreibt er: 1. Es ist un w a h r, daß ich dem Vertreter der „Münchener Post“ jemals — auch im Jahre 1893 nicht — eine Offerte gemacht habe. 2. Es ist eben deshalb auch un w a h r, daß sich eine solche Geldofferte meinerseits auf Artikel zu Gunsten der Wismarschen Politik bezogen hätte. 3. Es ist nicht minder un w a h r, daß eine solche Geldofferte von einem Vertreter der „Münchener Post“ zurückgewiesen worden wäre. 4. Es ist un w a h r, daß meine sogenannten Besuche in der „Münchener Post“ von dem Momente ab aufhörten, wo diese Offerte zurückgewiesen worden wäre; sie hörten vielmehr auf, als ich alle mich interessierenden Broschüren und Schriften dafelbst gekauft hatte.

Adurch, daß Herr Ruhland die ungewollten Bekundungen der „Münchener Post“ bestritt, werden sie natürlich nicht unwichtig. Die „Frankfurter Zeitung“ wird mit folgender famosen „Verächtigung“ des Herrn beauftragt:

1. Es ist unwahr, daß meine seiner Zeit Ihnen zugesandte Verächtigung keine Verächtigung war. Jede dieser meiner Erklärungen entgegenstehende Aeußerung ist unwahr. 2. Es ist nicht wahr, daß ich in meiner letzten Erklärung in der „Deutschen Tageszeitung“ ein Märchen erzählt habe; diese Angaben entsprechen vielmehr dem thatsächlichen Hergang in allen Teilen. 3. Es ist nicht wahr, daß ich im Jahre 1893 eine „Liga“ zu Stande bringen wollte, die etwa das Gegenteil von dem sein sollte, was der Bund der Landwirte ist. 4. Es ist nicht wahr, daß ich im Jahre 1893 auf der Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ erschien, um dieselbe für eine solche oder irgendeine geartete Liga zu gewinnen.

Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt zu diesem mit Hilfe des § 11 angeführten Attentat:

Das ist, bitte, kein Witz, sondern die Verächtigung ist und wirklich eingegangen. Wie erwarten jetzt nur noch, daß Herr Ruhland Sonne, Mond und Sterne leugnen und beweisen wird, daß die „Frankfurter Zeitung“ um das Jahr 1893 gar nicht existiert hat. Dann ist alles in Ordnung. Bis dahin aber sind wir so frei, alles anrecht zu erhalten, was wir über den Professor Dr. Ruhland mitteilen und schreiben. So wohl das, was die „Münchener Post“, wie das, was uns betrifft, ist durch Hengen festgestellt, und es wird der Dreißigkeit Ruhlands nicht gelingen, der öffentlichen Meinung anzudeuten, daß er, um sich rein zu waschen, fabuliert. Insbesondere wiederholen wir, daß Ruhland vor dem Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages — das genaue Datum können wir nicht mehr feststellen — auf der Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ erschien, um uns für eine Liga zu gewinnen, die etwa das Gegenteil von dem sollte, was der Bund der Landwirte will. Das kann jederzeit vor Gericht erhärtet werden, und wenn Herr Ruhland es ablehnt, so sagt er eben auch hier die Unwahrheit.

Kaçdem nun einmal Herr Ruhland, der Philosoph des Agrarierthums, das öffentliche Interesse in stärkerer Maße erregt hat, dürfte es an der Zeit sein, einige Einzelheiten zum Charakterbilde des vielseitigen Mannes beizusteuern.

Herr Dr. Ruhland war früher als Sachverständiger beim Bund der Landwirte engagiert, wurde aber den Herren später unbequem, so daß sein Vertretung zwar nicht erneuert wurde, ihm aber eine weitere Jahresvergütung blieb, für die er von Zeit zu Zeit der „Deutschen Tageszeitung“ Zeitartikel zu schreiben hatte. Der Bund wollte es mit Herrn Professor Ruhland nicht verderben und fürchtete seine Gegnerschaft, falls er nicht auch in Zukunft gut honoriert würde.

Herr Ruhland wandte sich an die Dominikaneruniversität in Freiburg in der Schweiz, die damals drei deutsche Professoren ihrer Nationalität wegen entlassen hatte. Die katholische Universität konnte außer Herrn Ruhland keinen deutschen Professor finden. Was gleich befürchtet wurde, trat alsbald ein. Herr Dr. Ruhland fand keine Hörer und mußte daher versuchen, anderweitig seine Talente nutzbar anzulegen.

Zuerst veruchte er es mit der Centralstelle der Preussischen Landwirtschaftskammern, der er versprach, ein großes national-ökonomisches Werk zu schreiben, das die bisherige Nationalökonomie als veraltet hinstellen und die Volkswirtschaft auf agrarischer Basis neu aufbauen sollte. Das Geld ist bezahlt worden, das Buch ist nicht erschienen. Dann gründete Herr Dr. Ruhland eine Getreidepreis-Warte, indem er vorgab, aus den statistischen Zahlen mit einiger Sicherheit eine Prognose für die zukünftige Gestaltung der Getreidepreise erkennen zu können. Auch auf diese Zeitung fand er nur ganz wenig Abnehmer, da niemand dem „Internationalen Bureau zur Regulierung der Getreidepreise“ glaubte. Der Abonnentenpreis beträgt für Deutschland 20 M. per Jahr. Jetzt hat der Bund der Landwirte einen Aufruf erlassen zur Gründung einer täglich erscheinenden Zeitung, die sich „Der Getreidemarkt“ nennen wird und vom 1. Oktober ab in Berlin erscheinen soll. Das Kapital dieses neuen Unternehmens ist mit 150 000 M. in Anteilen a 500 M. projektiert, doch sollen bisher nur wenige Anteile von Landwirtschaftskammern und Abteilungspräsidenten des Bundes der Landwirte gezeichnet worden sein. Zu dieses neue Unternehmen verdammt Herr Dr. Ruhland seine „Monatlichen Nachrichten“ aus dem „Internationalen Bureau zur Regulierung der Getreidepreise“, die jetzt allmonatlich erscheinen, und zwar zum Preise von 17 000 M. Herr Dr. Ruhland sorgt also nicht nur auf dem Gebiete des Brotforms für angemessene Preise.

Falls aus der Reingründung aber nichts wird, hat Herr Ruhland auch schon anderweitig für sich Vorsorge getroffen; er ist durch die preussischen Landwirtschaftskammern auf die Regierung dahin einen Druck, daß er die Anstellung nationalökonomischer Professoren an deutschen Hochschulen, die auf agrarischem Boden stehen, verlangt. Als erster Inhaber Deutschlands wird natürlich Herr Professor Ruhland der Regierung vorgeschlagen.

Herr Ruhland versteht, wie man sieht, das Geschäft sehr gut, hat aber trotzdem gewöhnlich daneben, so daß selbst in agrarischen Kreisen große Opposition gegen ihn besteht. Als er im „Verein der Steuer- und Wirtschafts-Reformer“ im vorigen Jahre eine gewaltige Rede schwang und die internationale Regulierung der Getreidepreise durch die Landwirte verlangte, trat zum Beispiel der Geschäftsführer der Centralstelle der Preussischen Landwirtschaftskammern gegen ihn auf, was gewiß nicht geistreich wäre, wenn letzterer nicht viele Persönlichkeiten hinter sich gehabt hätte. Damals war die Frage, ob man international oder national der deutschen Landwirtschaft helfen könne, jetzt will es Herr Dr. Ruhland als Nationalökonom an einer deutschen Hochschule versuchen, falls er nicht mit seiner Zeitungsgründung durchdringt.

Die Moral der Subventionen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ spielt fortgesetzt mit verrottetem Eifer die Entschüttete, weil die „Schwäbische Tagwacht“ den Abg. Schrempf als einen Subventionierten bezeichnet hatte und weil wir dazu erklärt hatten, sie hätte falsch geraten.

„Angesichts dieses ungläublichen Zustandes, daß es sich hier bei dem Vorwurf, daß ein Mann bestochen sein soll — denn das soll in dem Ausdruck subventionieren liegen — lediglich um eine Vermutung, ein Malen gehandelt hat, weiß die sozialdemokratische Presse kein Wort der Entschuldigung oder der Erklärung vorzubringen.“

Zum Schluß heißt es:

„Das sind die Helden der Brotwucherfäherer! Wie schlecht muß es mit der inneren Wahrheit einer Sache, hier mit der Agitation gegen die agrarischen Auffassungen, stehen, wenn die Träger dieser Agitation zu solchen schmählichen und jämmerlichen, dem sittlichen Empfinden Hohn sprechenden Waffen greifen!“

Wir freuen uns dieser Auslassung, weil damit der Bund der Landwirte das schärfste Urteil über sein Verhalten selbst ausspricht. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt Subvention und Bestechung für gleichbedeutend und hält es für den schimpflichsten Vorwurf, daß man von jemand behauptet, er sei vom Bund der Landwirte subventioniert. Da nun diese sittliche Verurteilung der Subvention doch wohl nicht nur dann gilt, wenn der Vorwurf zufällig gegen eine falsche Person gerichtet ist, sondern auch dann, wenn das gebrandmarkt Verfahren überhaupt geübt wird, so entsteht die Frage: Wie kann es der Bund der Landwirte über sich gewinnen, dieje von ihm selbst als unmoralisch und ehrlos empfundene Methode heimlicher Subvention selbst auszuüben. Denn das dies im Fall Bauer und gegenüber einer Anzahl von Abgeordneten geschehen ist, darüber besteht nicht der geringste Zweifel. Herr Bauer gesteht das jetzt selbst ein, indem er zwar alles für unwahr erklärt, dann aber, wie wir vorausgesetzt haben, wohlweislich hinzusetzt, daß er eine Klage gegen den „Vorwärts“ nicht führen werde, weil dieses Blatt ihn nicht beleidigen könne und der „Vorwärts“ selbst beweispflichtig sei.

Hinter der einseitigen Ausrede von der „Beweispflicht“ versteckt sich eben Herr Bauer, weil er nicht lügen kann und es unter allen Umständen verhüten werden muß, daß die leitenden Herren des Bundes der Gefahr zurechenbarer Vernehmung ausgesetzt werden. Die katholische „Märkische Volkszeitung“ wiederholt zwar auch noch das Gefühl von der „Beweispflicht“ des „Vorwärts“, auf dem der Vorwurf „verleumderischer Beleidigung“ haften bleibe, aber sie meint doch ängstlich, Herr Bauer hätte allen Anlaß, zur Wahrung seiner eignen Ehre zu klagen. Vermutlich hat Herr Bauer wichtigere Sorgen, als die Wahrung seiner vom Bund der Landwirte subventionierten Ehre.

Wälow reist nach Ruhland.

Die Weise rollt mit den deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen in Zusammenhang stehen.

Kein Politiker.

Bei einem Frühstück im Lübecker Resteller, an dem Prinz Heinrich teilnahm, hatte der Bürgermeister Kluge in einer Ansprache auch die Verhältnisse in China gestreift. In seiner Antwort meinte der Bruder des Kaisers gelassen: „Zum Dritten muß ich erklären, daß ich auf den Teil der Rede, der die Politik betraf, nicht eingehen kann. Mit der hohen Politik habe ich nichts zu thun. Das überlasse ich besser Klügern, überlasse es denen, die dafür verantwortlich sind.“

Ein Duellmord?

Wie man der „Königlichen Volkszeitung“ aus Bonn berichtet, bildet dort das Tagesgespräch ein Sabelduell, das unter den schwersten Bedingungen ausgefochten worden und bei dem der Angehörige eines sibirischen Corps, der bei den Pommer Grenzern dienende Sohn eines hohen Staatsbeamten, infolge durchschneidens der Halsschlagader zu Tode gekommen sein soll. Tatsache ist, daß das betreffende Corps das übliche Tränenabzeichen trägt.

Tarifreform.

Die sächsischen Staatsbahn-Verwaltung hat, wie die „Dresdener Nachrichten“ melden, beschlossen, dem Beispiele Preussens folgend, die Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten, und zwar sowohl im inneren Verkehr als im wechselseitigen Verkehr mit den preussischen Linien, auf 45 Tage auszudehnen. Die amtliche Bekanntmachung, nach der die neue Bestimmung sofort in Kraft trete, steht unmittelbar bevor.

Der „König. Jg.“ zufolge findet am 3. Juli auf Veranlassung Bayerns eine Konferenz der Eisenbahn-Verwaltungen Bayerns, Württembergs und Badens statt, wobei als sicher gilt, daß die 45tägige Gültigkeit der Rückfahrkarten in Süddeutschland sowohl für den inneren Verkehr wie für den Verkehr mit den Nachbarstaaten beschlossen werden wird. Sämtliche süddeutsche Eisenbahnen waren durch den Beschluß Preussens vollkommen überflüssig. Die erste Nachricht von diesem Beschluß ist den Regierungen erst am 28. Juni zugegangen. Da Sachsen einen gleichen Beschluß gefaßt hat und die Reichslande zweifellos nachfolgen werden, wäre mit einem Schlage hinsichtlich der Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten in ganz Deutschland eine umfassende Einheitlichkeit erzielt, und wird Bayern die besondere Vergünstigung für das Oktoberfest sowie für landwirtschaftliche Versammlungen nicht fallen lassen.

Aus Karlsruhe wird der „Frankf. Jg.“ gemeldet. Die badische Staatsbahn-Verwaltung wird die von der preussischen Staatsbahn angekommene 45tägige Gültigkeit der Rückfahrkarten im Verkehr mit den Stationen der preussisch-sächsischen Eisenbahnen vom gleichen Tage ab ebenfalls einführen. Im inneren Verkehr der badischen Bahnen bleibt es bis auf weiteres bei den bisherigen Bestimmungen.

Der Leipziger Bankrott.

Die Stadt Leipzig hat eine Hilfsaktion eingeleitet, um den verheerenden Wirkungen des Zusammenbruchs der Leipziger Bank entgegenzuwirken.

Im namentlich Kleinen Gewerbetreibenden, denen durch die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen der Leipziger Bank die Verfügung über die auf Einlagebücher bei der genannten Bank eingezahlten Gelder genommen ist und die nicht die Möglich-

Zeit haben, auf andre Weise sofort harte Mittel flüssig zu machen, insbesondere mit Rücksicht auf den Monats- und Quartals- schluß zu Hilfe zu kommen, hat der Rat beschloffen, einerseits bis zum Gesamtbetrag von einer Million Mark aus allgemeinen Mitteln der Stadtgemeinde unter denselben Bedingungen, nach denen verzinsliche Gelddarlehen durch die Sparkasse gewährt werden, Einlagebücher der Leipziger Bank bis zur Höhe von 30 Proz. des Einlegerguthabens, jedoch das einzelne Buch nur bis zum Höchstbetrage von 1000 M. zu beliehen und andererseits auch Einlagebücher der genannten Bank bis zur Höhe von 30 Proz. des Einlegerguthabens als geeignet zur Leistung von Sicherheit für Verpflichtungen der Stadtgemeinde gegenüber. Der Rat hat die Stadtverordneten um beschleunigte Zustimmung zu diesen Beschlüssen ersucht, die in der Plenarsitzung am nächsten Mittwoch zweifellos erfolgen wird.

Von dem Leipziger Rath ist auch der Altenburgische Staat finanziell betroffen. Von Sachsen-Weimar wird das Gleiche behauptet.

In Koburg geriet der Privatier Greiner über die Verluste bei dem Leipziger Banksturz in solche Verzweiflung, daß er sich erschoss, nachdem er zuvor seine Frau und Tochter durch Schüsse schwer verletzt hatte.

In Weidenau kommt, wie unser Zwickauer Parteiblatt mitteilt, die Maschinenfabrik von Popp u. Co. am Sonntagabend ihnen etwa 250 Arbeiter keinen Lohn auszahlen, da es der Firma angeblich nicht möglich war, Geld von der Bank zu erhalten. Laut Anschlag an der Fabrik werden die Arbeiter bis zum Dienstag vertrieben.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der noch im jugendlichen Alter stehende Holzbildhauer Oskar Reimann aus Württemberg, Kreis Ulm, von der Strafkammer des Landgerichts Ulm zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafe war deshalb so hoch bemessen worden, weil es nach der Meinung des Gerichtshofs als besonders strafwürdig zu erachten sei, wenn sich junge Leute bereits derartiger Vergehen schuldig machten.

Sonst pflegt Jugend als mildernder Umstand angesehen zu werden. Oder wollte das Gericht sagen, daß mit wachsendem Alter und wachsender Erfahrung die Majestätsbeleidigung verzeihlicher werde? —

Ausland.

Frankreich.

Paris, 2. Juli. („Bureau Voffan.“) In einem Handelsbericht im „Figaro“ sagt Davenay in Bezug auf die finanzielle Krise in Leipzig, daß er Gründe habe, die Thatsache anzunehmen, Frankreich sei bei deutschen Unternehmungen mit einem Kapital von über einer Milliarde Frank beteiligt. Das Kapital sei in den letzten 18 Monaten in Deutschland angelegt worden. Er glaubt, daß diese Kapitalanlagen keine Erfolge haben werden, da ein großer Teil der Gelder nicht gesichert sei. In seiner Schlussbetrachtung ist der Verfasser der Meinung, daß Geld in Frankreich angelegt, einträglicher und sicherer sei.

Belgien.

Neue Grenz- und dem Kongostaat werden Pariser Blättern aus Antwerpen gemeldet: Die letzte Post aus dem Kongo hat eine Nachricht über eine grauenvolle That, bezugnehmend auf belgischen Offizieren gebracht. Die betreffenden Offiziere sollen total betrunken dem Häuptling des Dorfes, in dem sie sich befanden, befohlen haben, die Frauen zum Tanz herbeizuholen. Der Häuptling soll geantwortet haben, das ginge nicht, weil ein Toter im Dorfe sei. Darauf hätten die Offiziere den Häuptling und sämtliche Frauen niederschlagen lassen. Die Meldung bedarf zwar der Bestätigung, doch klingt sie nach dem, was über frühere Schändlichkeiten der Kongostaat-Truppen verbürgt bekannt geworden ist, keineswegs ungläubhaft. Die laze Behandlung dieser früheren Verhältnisse durch Regierung und Parlamentsmehrheit würde es zudem erklärlich machen, daß es den Velf, Wehlan und Arenberg des Kongostaats nicht an hoffnungsvollem Nachwuchs fehlt.

England.

Chamberlain wehrt sich. Bei einem zur Feier des Kanadafestes veranstalteten Feste, an dem sich auch mehrere kanadische Minister beteiligten, hielt Chamberlain eine Rede auf Kanada, in welcher er darauf hinwies, daß man heute wieder die Geburt einer Nation feiere, welche ein Glied des größten Reichs der Erde bilde, und daß nichts Erhebender anzusehen gewesen sei, als die Art, wie die Kolonien England im süd-afrikanischen Kriege zu Hilfe gekommen seien. Die Einigung des Britenreiches sei mit Blut besiegelt worden. Er glaube nicht, daß sich die heutige Meinung des gebildeten Europa mit dem Urteil der Nachwelt decke. Er bewerte vielmehr die Meinung der englischen Kolonien weit höher, als die irreführende Anschauungsweise Europas, welche auf Lügen gegründet sei, die von auswärtigen Feinden und einheimischen Verrätern verbreitet worden seien. Wenn je einmal das Scepter seiner Herrschaft für Englands Hände zu schwer zu werden drohe, so blide es hin auf die jungen Nationen, um sich in den Stand zu setzen, den Hohn seiner Feinde mit dem Jubel seiner Kinder zu beantworten.

Wenn die deutschen Heeres-Vollzieher den völkerrechtswidrigen Einfall in China für einen heiligen Krieg und die Boxerjagden für eine zweckentsprechende Form modern-humane Kriegsführung erklären, so kann man es schließlich auch Joe Chamberlain nicht verdenken, wenn er gegen das Urteil erstürmter Zeitgenossen über die Abhafi-Nordbrennerei in Südafrika an das Revisionstribunal einer gerichtlichen unterliegenden Sachverhalte appelliert. Und in der That wird das geschichtliche Urteil dahin ausfallen, daß der Transvaalkrieg trotz aller Abhafi-Brutalitäten gegenüber dem China-Kriegszug noch als sentimentale Schlächterei zu betrachten ist.

Daß Chamberlain die Gelegenheiten benutzte, den Kolonien fastige Schmeicheleien zu sagen, ist bei der Ver Stimmung, die sich auch in Kustralien und Kanada über den Transvaalkrieg verbreitet hat, noch begrifflich. Und bis zu einem gewissen Grade haben die Kolonien den Dank Chamberlains auch verdient. Freilich hat der Kolonialminister ein wenig aufgetragen, denn die England von den Kolonien geleistete militärische Unterstützung war denn doch nicht so groß und von Enthusiasmus zeugend, wie Chamberlain glauben machen will. Der etwa vorhandene Kriegsenthusiasmus ist im Laufe des Krieges vollends verflüchtigt. Das phantastische Zukunftsbild Chamberlains von dem Greater Britain, dem unendlich zusammengekauften imperialistischen Weltreich, entbehrt vollends der realen Unterlagen: der notwendigen Gleichheit der wirtschaftlichen und politischen Interessen. Wenn wirklich dem Britenlande einmal die Last des Scepters zu schwer werden sollte, oder unbillig gesprochen, wenn England selbst nicht mehr Geld genug haben sollte, seine Flotten zu unterhalten und seine Eroberungskriege zu führen, so dürften die Kolonien schwerlich Lust bezeigen, die schmerzliche Last auf ihre Schultern zu nehmen.

Rußland.

Anebelung der Presse. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht folgende, die Verwarnung der periodischen Presse betreffende Verordnung: Die erste Verwarnung behält während eines Jahres Kraft, vom Tage der Veröffentlichung an, wenn in dieser Frist nicht eine zweite Verwarnung erfolgt. Wenn eine Zeitschrift während eines Jahres zwei Verwarnungen erhält, so behalten beide zwei Jahre hindurch Kraft, und zwar vom Tage der Veröffentlichung der zweiten Verwarnung an, vorausgesetzt, daß die betreffende Zeitschrift nicht eine dritte Verwarnung innerhalb dieser Frist erhalten hat. Nach dem

Ablauf des erwähnten Zeitraums wird die Zeitschrift von den erhaltenen Verwarnungen befreit, und eine hierauf erfolgte Verwarnung wird wiederum als erste gerechnet. Die Wirkung dieser Regel wird auch auf alle bisher an die periodischen Zeitschriften erlassenen Verwarnungen rückwirkend angewendet. Der Minister des Innern befreite die Zeitungen „Wschewaja Wjedomosti“ und „Wostok“ sowie die Monatschrift „Chosjain“ von den Folgen des Gesetzes nach dritter Verwarnung, nämlich von der Censur vor der Herausgabe.

Serbien.

Belgrad, 2. Juli. Aus Sjenjko, im Sandtschal Novibozar, werden abermals serbenfeindliche Ausschreitungen dortiger Albanesen und türkischer Soldaten gemeldet. Letztere hätten mehrere serbische Dörfer besetzt und die Bevölkerung unter dem Vorwande, daß sie Waffen bei sich versteckt halte, verfolgt.

Türkei.

Konstantinopel, 2. Juli. Jüngst eingelaufenen Nachrichten zufolge hat im Vilajet Ruhsch die Spannung zwischen Kurden und Armeniern eine drohende Ausdehnung angenommen. In Ruhsch selbst verurtheilten die Kurden eine allgemeine Panik. Bewaffnete Türken und Kurden durchzogen die Stadt, so daß die Armenier ihre Häuser nicht zu verlassen wagten und der Bazar leer blieb. Stierochu Armenier wurden von den Kurden getödet. Der Verkehr zwischen Ruhsch und mehreren umliegenden Dörfern ist unterbrochen. Die Hauptangriffe der Kurden richteten sich gegen das Dorf Rogum. Die Kurden beschuldigten die Armenier, den Scheriff-Aga von Ruhsch, durch den mehr als 150 Armenier eingekerkert worden sind, getödet zu haben. Eine Anzahl Dörfer wurde von Kurden geplündert.

Sien.

London, 2. Juli. Wie aus Peking gemeldet wird, haben die Chinesen gestern einen Teil der von den Engländern bisher bewachten Gebiete besetzt. Die Engländer haben nur noch den Oberbefehl über diesen Bezirk und haben in den besetzten Hauptstraßen Wachtposten aufgestellt.

Der Boeren-Krieg.

Kitchener der Siegreiche

hat wieder einmal eine Leporellokiste angeblich errungener Erfolge nach London gemeldet. Seit dem 24. Juni, heißt es darin, seien nach den Meldungen der britischen Abteilungen 74 Boeren gefallen, 60 wurden verwundet, 100 gefangen genommen und 186 hätten sich ergeben. Ferner wurden 131 Gewehre, 15 800 Patronen und 304 Wagen erbeutet.

Danach wären im Laufe einer Woche wieder einmal annähernd fünfhundert Boeren unschädlich gemacht worden. Schier rätselhaft ist nur, woher unter solchen Umständen immer noch Boeren herkommen, um den Engländern immer neue Schloppen beizubringen. Die englische Presse nimmt diese telegraphische Massenvernichtung der Boeren auch schon längst nicht mehr ernst. Hinter jeder derartigen Siegesbetrachtung wittert sie vielmehr den Vermählungsvertrag neuen Unheils. So schreibt jetzt wieder Daily Mail: Wir haben keine Nachrichten vom Kriegsschauplatz erhalten, trotzdem wissen wir, daß ein längeres Telegramm am vergangenen Freitag abgehandelt worden ist, das uns bis jetzt aber nicht übermitteln wurde. Es sind Anzeichen vorhanden, daß in diesem Telegramm die Lage in der Kapkolonie als sehr beunruhigend hingestellt wird.

Ein Telegramm aus Kapstadt spendet dagegen den Trost, daß der Boerenkommandant Rouché — zwar nicht geschlagen oder gefangen genommen worden sei, daß aber seine Gefangenennahme zweifellos bevorstehe: Oberst Dalgeth ist in das Eingeborenen-Reservat Maclear im Transkei-Distrikt einmarschiert. Die Boeren haben den Distrikt verlassen und ziehen jetzt in der Nachbarschaft umher. Der Kommandant Rouché, der genötigt ist, sich zurückzuziehen, muß einen der drei Wege einschlagen, die von den Engländern besetzt gehalten werden.

Ob der Umstehende nicht am Ende doch noch auf einem vierten Wege einschläft?

Friedensunterhandlungen

stellt eine Zuschrift aus Amsterdam in Aussicht. König Eduard wünscht dringend einen baldigen Friedensschluß, da ihm nicht nur die Stimmung des Auslandes nur zu bekannt sei, sondern ihn auch zahlreiche in seine Hände gelangende Zuschriften aus England selbst über die wachsende Kriegsmüdigkeit breiter Schichten des Volkes genau unterrichteten.

König Eduard persönlich sieht das dem Ansehen und der Weiterentwicklung seines Landes drohende Unheil und der Gegenseitigkeit, in den ihn dieses sein persönliches Gefühl und Empfinden zu seinen Ministern bringt, verschärft sich von Tag zu Tag. Ja, man geht sogar noch weiter und behauptet, daß das Ende des Krieges nahe ist, daß aber noch näher als dieses ist — das Ende der ministeriellen Laufbahn einiger Minister.

Weiter wird behauptet, daß Chamberlains Benehmen eine sehr gedrückte Stimmung veranlaßt und er sich mit dem Gedanken seines Austritts vertraut zu machen suche, eine Darstellung, der Chamberlains an anderer Stelle erwähnte jüngste Rede allerdings widerspricht.

Schließlich wird versichert, daß die Regierung des Oranje-Freistaats noch nachdrücklicher als die von Transvaal jede Friedensbedingung zurückweist, die nicht völlige Unabhängigkeit in inländischen Angelegenheiten gewährleistet. Sollten die Umstände es erfordern, so wäre der Freistaat eventuell bereit, eine Suzeränität Englands in ausländischen Angelegenheiten anzuerkennen. Ueber diesen Punkt sind die Unterhandlungen im Gange. Man erwartet binnen wenigen Wochen eine neue Friedensgesprächlichkeit mit ausgedehnten Vollmachten.

Was an alledem Wahres ist, läßt sich natürlich nicht beurteilen. Daß Versuche im Gange sind, einen Friedensschluß anzubahnen, ist ja möglich, in erster Linie könnten Frankreich und Deutschland die Hand im Spiele haben. Sollte England trotz Chamberlains Großsprechereien in für die Boeren acceptable Friedensbedingungen willigen, so wäre allerdings dieser Ausgang weniger dem energischen Vermittlungsbüro dieser Mächte als Englands wachsender Ohnmacht zuzuschreiben. England könnte sich im Gegenteile bei den Mittelsmännern für die Waktierung seiner Retirade bedanken.

Das „danfbare“ Vaterland.

Von den Teilnehmern des Krieges 1870/71 sind tausende ehemaliger Soldaten vorhanden, die zwar unverletzt aus dem Feldzuge zurückkehrten, aber infolge existenzender Strapazen vorzeitig stoch und erwerbsunfähig geworden waren. Diese Armen hatten seit Jahren um Gewährung eines Ehrensoldes gebeten. Im Jubiläumsjahr 1895 konnte über die Bitten nicht mehr gut hinweggegangen werden. Es kam das Gesetz vom 22. Mai 1895 zu Stande, das den völlig erwerbsunfähigen, gewordenen Teilnehmern an Feldzügen eine Ehrenbeihilfe von jährlich 120 M. verspricht. Der Antrag der Sozialdemokraten, den Sold auf 360 M. zu erhöhen, da doch 1 M. täglich das Mindeste für einen völlig erwerbsunfähigen sei, dessen er zum Lebensunterhalt bedarf, wurde von der Regierung verweigert, von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Aber es kam noch besser: das zur Verfügung gestellte Geld reicht nicht aus. Völlig erwerbsunfähige Kriegsteilnehmer wurden mit lithographierten Formularen, daß kein Geld zur Verfügung steht, abgefertigt. Solche Formulare veröffentlichten wir seiner Zeit. Die Thatsache, daß Kriegsteilnehmer Verträge an Stelle der 120 Mark erhielten, gelangte auch im Reichstag zur Sprache. Unwille über die Befreiung der Mittel für diesen Zweck wurde trotz der Klage des Reichsfinanzministers, der Invalidenfonds sei bankrott, seitens aller Parteien geäußert. Die

Regierung anerkannte, daß nicht weniger als 13 673 völlig erwerbsunfähige Kriegs-Teilnehmer wegen Mangels an Mitteln abschlägig beschieden waren. Die im Gesetz vom 22. Mai 1895 enthaltene Beschränkung, daß nicht mehr als 2 400 000 Mark in Portionen von je 120 Mark für den erwähnten Zweck verwandt werden dürfen, wurde deshalb durch Gesetz vom 1. Juli 1899 aufgehoben.

Trotzdem verurtheilten die berechtigten Klagen ehemaliger Kriegsteilnehmer darüber nicht, daß ihnen das bisherige Unterstüßung, auf die sie einen Anspruch haben, nicht zu Teil werde.

Abermals gelangten die Klagen im Reichstage zur Besprechung. Besonders wurde die engherzige Auslegung des Begriffes völliger Erwerbsunfähigkeit abgelehnt. Der Bauernbündler Richter verlangte, daß der Begriff Erwerbsunfähigkeit dem im Invalidenversicherungs-Gesetz enthaltenen nachgebildet werden solle. Freunde der Getreidegesetzgebung mochten einen Augenblick eingesehen haben, daß es eine außerordentlich unbillige und ungerechte Forderung ist, zu verlangen, daß auch der Haushalt der erwerbsunfähigen Kriegsteilnehmer mit 50 bis 100 M. jährlich künstlich zu Gunsten der „notleidenden“ Großgrundbesitzer verteuert und daß unter allerlei Vorwänden bedürftige Kriegsteilnehmer mit ablehnenden Bescheidengefüttert werden. Selten sah man solche Einstimmigkeit bei allen Parteien als in dem Verlangen, daß endlich wenigstens die 120 M. allen, die diese Beihilfe nach der Ansicht des Reichstages erhalten sollten, zu Teil werde. Nur das sozialdemokratische Verlangen, die 120 M. zu erhöhen, fand keine Gnade vor der „patriotischen“ Reichstagsmehrheit. Diese Einstimmigkeit bei der ersten Beratung des Antrags Richter am 11. Januar 1901 ließ die Hoffnungen vieler darabender Kriegsteilnehmer höher schwellen. Sie sollten die Armen entläßt werden! Bei der zweiten Beratung am 6. März 1901 stimmte die Reichstagsmehrheit selbst den beschiedenen Antrag Richter nieder. Sie war inzwischen zu der tiefen Erkenntnis gelangt, daß Zahlungen Geld erforderlich sind, und vertüßte sich und die Darbenden mit der Zuversicht, daß selbst in Preußen nach den Darlegungen des damaligen Ministers des Innern v. Rheinbaben künstlich nicht „absoluto Erwerbsunfähigkeit“, sondern der Ansicht des Gesetzes entsprechend nur „Erwerbsunfähigkeit“ verlangt werden würde, und daß der Minister selbst erklärt hatte: „wir haben alle Betankung, das Gesetz im Interesse der Veteranen wohlwollend auszulagen“.

Es blieb wie es war. Rein — es kam schlimmer. Die „wohlwollende Auslegung“ der Behörden gelangte nimmer in vielen Fällen zu einer noch härteren Einengung des Begriffes „völlige Erwerbsunfähigkeit“.

Vor uns liegen die Aktenstücke eines Falles, der dies recht drastisch illustriert. Ein 55-jähriger Veteran, der den Feldzug als Unteroffizier mitgemacht hat, ist ausweidlich des ärztlichen Attestes „durch glücklicherweise Leiden des linken Arms und Beins vollständig erwerbsunfähig“. Sein Gesuch um Gewährung der Veteranenpension ist vom Polizeipräsidenten abgelehnt worden. Der Ablehnungsbescheid bestreitet keineswegs die völlige Erwerbsunfähigkeit des Mannes. Trotzdem lehnt er das Gesuch ab, weil mit Rücksicht auf die Einnahmen der bei Ihnen wohnhaften Söhne nicht anerkannt werden kann, daß Sie sich in unterstüßungsbedürftiger Lage befinden.“ Es ist also die „wohlwollende“ Auslegung des Gesetzes nun gar dahin gelangt, nicht nur Erwerbsunfähigkeit, sondern auch noch Unterstüßungsbedürftigkeit im armenrechtlichen Sinne und darüber hinaus entgegen dem Wortlaut und der Absicht des Gesetzes zu fordern. Nebenbei sei erwähnt, daß die Söhne des völlig erwerbsunfähigen Veteranen arme Schuler sind, die eine rechtliche Verpflichtung zur Unterstüßung ihres Vaters nicht haben, aber ihre moralische Pflicht gern erfüllen. Als die Sozialdemokraten im Jahre 1895 Erhöhung der 120 auf 360 M. verlangten, meinten der Minister Graf v. Posadowski und der Führer der Konservativen, Hg. v. Leipziger, unter dem Verfall der bürgerlichen Reichstags-Mehrheit: mit 120 M. würden vollkommen arbeitsfähige Kriegsteilnehmer „ein sehr bescheidenes, sehr bedürftiges, doch von der öffentlichen Wohltätigkeit unabhängiges Leben“ führen, weil „Verwante, verheiratete Kinder usw.“ sie für 120 M. in Pension nehmen würden.

Der Mann, dessen Fall wir auf Grund der Akten geschildert haben, ist sicher nicht der einzige darabende Kriegsteilnehmer, dem selbst über den Mangel des Gesetzes hinaus die Unterstüßung vorenthalten wird, die ihm zu geben aus einfacher Anstandsspflicht das Gesetz verlangt. Wäre die Reichstags-Mehrheit der Regierung gegenüber nicht so nachgiebig und hätte sie nicht so vertrauensselig, so wären Fälle, wie der angeführte, unmöglich. Daran, daß die Reichstags-Mehrheit so zusammengesetzt ist, sind freilich zum guten Teil die Kriegsveteranen und Kriegervereine selbst schuld, von denen noch immer ein Teil glaubt, der unter patriotisch-kombastischem Wortgeklänge die Interessen der besitzenden Klasse vertretenden Reichstags-Mehrheit gegen die sozialdemokratische Partei Handlangerdienste leisten zu müssen. Fälle wie der erwähnte und die Behandlung derrer, die in Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflicht ihre Gesundheit durch Militärdienst eingebüßt haben, mögen etwas auffälliger wirken. So manchem Kriegsteilnehmer wird durch solche Vorkommnisse das Sprüchlein eingebläut:

Wer mir solch Reichstags-Mehrheit läßt walten —
Und hat nicht,
Und auf sie bauet alle Zeit —
Und steigt nicht,
Der wird gar wunderbar erhalten —
Denn er loht nicht,
Für alle Zeit und Ewigkeit —
Er hilft nicht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Maurer! Die Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend kann Umstände halber erst am Donnerstag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in demselben Lokal stattfinden. J. A.: Julius Gehl.

An die Berliner Gewerkschaften.

Auf Wunsch der Berliner Tabalarbeiter bemühte sich der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission, mit dem Verein der Nordhäuser Tabakfabrikanten Verbindung anzuknüpfen, um den Streit beizulegen. Mehrere Briefe wurden gewechselt, infanterseits mit der Absicht, eine Einigung zu erzielen.

Nach längerer Korrespondenz erhielten wir die Nachricht, daß für den Fabrikantenverein kein Grund zur Verhandlung vorläge. Mit den Arbeitern bezog den Kommissionen könne man nicht verhandeln auf Grund der von jenen gebotenen Kampfesweise.

Das ist eine stikke Abgabe. Man will eben nicht verhandeln. Wir ersuchen nimmer die Arbeiter Berlins, die Produkte der Nordhäuser Tabakfabrikanten zu meiden.

Nur die Tabake der Firmen Grim u. Triebel, Gendeh u. Schumann und Walter u. Sevin sind für den Gebrauch zu entnehmen.

Gelder für die Angehörten werden jederzeit auf unserem Bureau, Engelstr. 15, II. Flurengang, entgegengenommen.

Ebenso werden dort Sammelisten an die Vertrauensleute der Gewerkschaften auszugeben.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Volksrechtlicher Nordhäuser Kantabak ist in Berlin zu haben bei: Joseph Doms, Neue Friedrichstr. 72, part. August Schmidt, Schmidstr. 37, part. Salzmann, Luisenstr. 8 (auch Magdeburger Kantab.) Emil Wätner, Neue Königstr. 36. Julius Palks, Neue Schönhauserstr. 14, part. Max Schröder, Blumenstr. 77.

Es ist aber in diesen Geschäften ausdrücklich zu ver-
langen Tabak von Gendek u. Schumann, Grimm u.
Triepel oder Walter u. Sevin.

Berliner Kautabak-Fabriken sind und bis jetzt an-
gegeben:

Brunglow u. Sohn, Neue Königstr. 84.

Karl Brunglow, Königstr. 22.

Wilh. Ermeler u. Co., Breitestr. 11.

Jakob Doussin u. Co., Auguststr. 69.

Die Kommission der Tabakarbeiter Berlins.

Deutsches Reich.

Der Breslauer Bäckerstreik, der am Sonnabend beschlossen wurde, hat bereits einen nennenswerten Erfolg zu verzeichnen. Bis Montagmittag traten 100 Gefellen zu den neuen Bedingungen wieder in Arbeit. 96 Meister hatten bis dahin die Forderungen bewilligt. Am Streik sind 300 Gefellen beteiligt. Einige auswärtige Bäcker-Zimmern haben versucht, den Breslauer Meistern durch Zuweisung von Streikbrechern unter die Arme zu greifen, ohne daß diese Bemühungen Erfolg gehabt hätten. Von Berlin sind — wie unser Breslauer Partei-Organ mitteilt — 20 Arbeitswillige durch Vermittlung der Meister eingetroffen, dieselben haben sich jedoch, nachdem sie von der Sachlage unterrichtet wurden, den Streikenden angeschlossen. Das Breslauer Gewerkschafts-Lactell erklärte sich am Montag für die Unterstützung des Streiks und beschloß, dahin zu wirken, daß die arbeitende Bevölkerung ihren Bedarf an Backwaren nur von solchen Bäckern kauft, welche die Forderungen der Gefellen anerkannt haben.

Der Weberstreik in Cunewalde, der am Sonntag 16 Wochen währte, hat nun unter Vermittlung des von der Gewerkschammer ins Leben gerufenen Schiedsgerichts zu einem teilweisen Erfolg der Streikenden angeführt. Es ist gelungen, mit dem Fabrikanten Karl Kalasch einen Vergleich zu schließen, bei dem allerdings beide Teile etwas von ihren Forderungen nachgelassen haben. Montagmittag wurde der Betrieb in der Kalasch'schen Fabrik wieder aufgenommen. Es ist also tatsächlich gelungen, den Cunewalder Fabrikanten zu sprengen. Die Hauptpunkte der Vereinbarungen sind folgende: Die Lohnreduktion von 10 Proz. wird auf 5 Proz. gemildert. Das Normal-Stückmaß, das bisher bis 56 Meter Länge hatte, soll hinfort nur 50 bis 52 1/2 Meter betragen. In der zweiten Hälfte des Dezember tritt das Schiedsgericht wieder zusammen, um festzustellen, ob die Geschäftslage eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen ermöglicht.

Aus der Verkürzung des Normalstückmaßes berechnen sich die Arbeiter einen Mehrerwerb von 2-3 M. in der 12tägigen Lohnperiode. Die Lohnreduktion, welche zum Streik führte, erfährt dadurch eine weitere Minderung bis auf etwa 2 Proz.

Da von den Arbeitern der Kalasch'schen Fabrik etwa ein Drittel abgereist ist, werden viele der noch Streikenden, deren Zahl etwa 250 beträgt, bei Kalasch Arbeit finden. Die übrigen Fabrikanten geraten dadurch in eine Zwangslage, die ihre Hartnäckigkeit bald brechen wird.

Zum Glasarbeiter-Streik in Meiningen berichtet der „Volkswille“, daß der Bürgermeister einen Versuch gemacht hat, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Der Herr Bürgermeister hatte sich nicht an die Leiter des Streiks gewandt, sondern einige der „Besonnensten“ zu sich geladen, denen er eröffnete, daß die Fabrikanten nicht zum Nachgeben bereit seien und insbesondere nicht daran dächten, ihre Forderung: Austritt der Arbeiter aus der gewerkschaftlichen Organisation, fallen zu lassen. Dieser bürgermeisterliche Versuch, den Frieden herzustellen, hatte keinen Erfolg. Die „besonnenen Elemente“ lehnten die Aufnahme der Arbeit unter diesen Bedingungen ebenso entschieden ab, wie es vorher schon die Gesamtheit der streikenden Glasarbeiter getan hat.

Gerichtliche Verurteilungen aus Anlaß des Streiks der Hamburger Gummi-Arbeiter kommen jetzt in größerer Zahl vor. Kürzlich wurden an einem Tage gleich 5 Personen abgeurteilt, die teils Streikführer beleidigt, teils als Streikposten „die öffentliche Ordnung“ gestört haben sollen. Aus letzterer Ursache erfolgten zwei Verurteilungen zu je 5 M., während wegen Beleidigung von Arbeitswilligen zwei Angeklagte zu je 14 Tagen Haft und einer zu 15 M. Geldstrafe verurteilt wurden.

Auch eine Handwerkerordnung. Die Zwangsinnung der Kölner Zimmermeister hat an ihre Berufsgenossen eine Liste verfaßt mit 192 Namen solcher Gefellen, die sich an dem Kölner Zimmererstreik beteiligten. Der Innungs-Vorstand ersucht, die in der schwarzen Liste verzeichneten Gefellen nicht zu beschäftigen, beziehungsweise wo solche beschäftigt sind, sie zu entlassen.

Die Innungen haben bemitleidlich nach dem Geheiß der Aufgabe, die gemeinsamen Interessen des Handwerks wahrzunehmen. Ganz davon abgesehen, ob man die Führung schwarzer Listen als unvermeidlich oder als einwandfreies Kampfmittel betrachten will, wird doch niemand behaupten wollen, daß die Aufforderung, 192 Arbeiter brotlos zu machen, eine Angelegenheit sei, welche die gemeinsamen Interessen des Handwerks fördert. Wenn die Arbeitgeber ihre Interessen im Gegensatz zu den Arbeitnehmern vertreten wollen, so ist nicht die Innung der Ort dazu. Mögen sie dann eine besondere Interessensorganisation gründen. Was würden wohl die biederen Innungsmeister sagen, wenn sich der Gefellen-ausschluß der Innung einfallen ließe, in dieser seiner Eigenschaft die Gefellen aufzufordern, bei bestimmten Meistern die Arbeit niederzulegen.

Ausland.

Zu dem Stahlarbeiterstreik in Amerika. Eine Meldung des „Bureau Laffan“ giebt die Zahl der Ausständigen für den wahrscheinlichen Fall, daß sich der Streik auf alle mit der „United States Steel Corporation“ in Verbindung stehenden Branchen ausdehnt, auf 200 000 an.

Sociales.

Fünf Prozent = 0. Diese famose Gleichung stammt bekanntlich vom Reichs-Versicherungsamt. So hat es namentlich am 12. Oktober 1896 die Aushebung eines Schiedsgerichts-Urteils folgendermaßen begründet:

Das Schiedsgericht hat den Bescheid der Berufsgenossenschaft lediglich dahin ändern zu sollen geglaubt, daß es dem Kläger statt 20 Proz., 25 Proz. der vollen Rente zusprach. Es hat sich damit nicht im Rahmen seiner eigentlichen Aufgabe, eine nachprüfende Instanz zu sein, gehalten. Vom Standpunkt der Nachprüfung eines Freisetzungsbeschlusses der Genossenschaftsinstanz aus läßt sich nicht füglich behaupten, eine Schätzung auf 20 Proz. sei deshalb unrichtig, weil die nachprüfende Stelle der Meinung ist, 25 Proz. sei angemessen. Derartige geringe Abweichungen liegen noch innerhalb der natürlichen Fehlergrenze, die für jede Schätzung besteht, und berechtigen nicht dazu, die höhere an die Stelle der geringeren Schätzung zu setzen.

Fünf Prozent sollten überhaupt in Renten-Freisetzungen als eine erhebliche Größe nicht angesehen werden, weder bei der ersten Rentensfestsetzung, noch bei der Rentenminderung, noch endlich — wie hier — bei der Nachprüfung vorinstanzlicher Entscheidungen. (Amtl. Nachr. des R. V. A. 1897, Seite 267.)

Berufsgenossenschaften haben unter Verufung auf diese obergerichtlichen Entscheidungen schon erklärt, daß sie für eine Verminderung der Erwerbsfähigkeit von nicht mehr wie 5 Proz. überhaupt keine Renten zahlen. Ein standalöser Fall solcher wohl nur auf dem Gebiet der Sozialpolitik möglichen Zimmermannsrechnung wird und jetzt wieder mitgeteilt:

Der Preßer A. hat am 15. 6. 1900 einen Unfall durch Zertrümmerung des Mittel- und Endgliedes des dritten und vierten

Fingers der rechten Hand erlitten. Durch Vorbescheid der Norddeutschen Oel- und Uedelmetall-Berufsgenossenschaft wurde die Rente auf 25 Proz. bemessen. Da der Vorbescheid ihm nicht völlig zusagte, verlangte A. unter ausdrücklicher Verzicht, sich zu dem Vorbescheid zu äußern, einen berufungsfähigen Bescheid, welcher ihm auch kurz darauf zugestellt wurde. In diesem Bescheid war die Rente auf 20 Proz. festgesetzt.

Gegen diese durchaus willkürliche Herabsetzung der Rente von 25 auf 20 Proz. legte A. unter Verufung eines ärztlichen Urteiles, daß seine Erwerbsfähigkeit um mindestens 25 Proz. beeinträchtigt sei, Verufung ein. Die Verufung wurde von dem hiesigen Schiedsgericht für Arbeiterversicherung unter Vorsitz des Reg.-Rat. Dr. Gühse mit Hinweis auf die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts abgewiesen.

Unter der Herrschaft dieser eigentümlichen Rechtsauffassung können die Berufsgenossenschaften ihre Klaffen recht bequem um mancherlei „nur“ 5 Proz. betragende Rententeile bereichern. Sie werden ganz genau wissen, daß auch 5 Proz. noch das Einstecken wert sind.

Die Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf die Bezahlung militärischer Übungszeiten durch den Arbeitgeber unterstand am Freitag der Beurteilung des Gewerbegerichts zu Offenbach a. M. Es war dies überhaupt der erste Klagefall, der auf Grund dieses Paragraphen anhängig gemacht war. Der Fensteranschläger Lauterbach verlangte von der Fensterfabrik für 14 Tage Lohn abzüglich des beim Militär erhaltenen Soldes und des Brotgeldes. Nachdem die Sache vor acht Tagen auf heute vertagt war, wurde heute das Urteil im Sinne des kürzlich gefällten Wiesbadener Urteils in gleicher Sache gesprochen. Auch das Offenbacher Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß eine künftige Militärausbildung als eine „nicht erhebliche“ Zeit der Dienstverhinderung anzusehen sei, auf die § 616 Anwendung finde, der sich nach Ansicht des Gerichts auf § 63 des Handelsgesetzbuchs und § 133e Nr. 4 der Gewerbeordnung stütze. Auch die Vergütung für die durch Wahrnehmung des ersten Termins verfallene Zeit, die der Arbeitgeber in Abzug gebracht hatte, wurde dem Kläger zugesprochen. Der Kläger hat freilich die Vermessenheit, die Wohlthaten des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für sich in Anspruch nehmen zu wollen, mit dem Verlust seiner Stelle büßen müssen.

Übermals ein Riesentrakt. Wie aus New York gemeldet wird, hat sich eine Vereinigung gebildet, die die gesamte Bleiförderung im Südosten des Staates Missouri monopolisieren will. Sie verfügt über ein Kapital von 20 Millionen Dollar.

Aus der Frauenbewegung.

Genossin Jlich aus Hamburg wird Donnerstag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Bernise, Charlottenburg, Bismarckstr. 34, in öffentlicher Versammlung über das Thema sprechen: Organisation ist Macht. Die Versammlung ist hauptsächlich, da die Gambirius-Veräusser zur öffentlichen Versammlung verweigert wurde, zur Agitation für die Klätterinnen bestimmt. Ein reger Besuch der Versammlung ist deshalb sehr wünschenswert.

Frauenstudium in Finnland. Der Jar gab seine Zustimmung zu einem Vorstoß des Universitätskonsistoriums, wonach die weiblichen Studenten der Universität in Helsingfors künftig dieselben Rechte genießen wie die männlichen. Hierdurch werden die Frauen von der bisher geltenden Verpflichtung, ein besonderes Gesuch um Zulassung zum Studium einzureichen, befreit.

Sociale Rechtspflege.

Der Hauptmann Schulz. Gegen die Firma Schulz u. Co. (Geschäft für Baubedarfsartikel) klagte der Wächter H. auf Lohnentziehung wegen unberechtigter Entlassung, indem er folgendes geltend machte: Er gebe zu, daß er 1894 als Arbeiter unter Ausschluß der Kündigungsfrist eingestellt worden sei. Dann sei er aber Wächter geworden und habe einen höheren Lohn erhalten. Durch diese Veränderung seiner Stellung sei von selbst der Kündigungsanspruch beseitigt und die gesetzliche Kündigungsfrist wieder in Kraft getreten. Der Chef, Hauptmann a. D. Schulz, habe ihn trotzdem am 16. Mai dieses Jahres ohne vorherige Kündigung entlassen, weil er die Ziegen des Hauptmanns nicht habe füttern wollen, was er als Wächter nicht hätte thun brauchen. — In der Verhandlung wurde über die Entlassung festgestellt: Im Auftrage der „Frau Hauptmann“ forberte ein junges Dienstmädchen den Kläger auf, die Ziegen zu füttern, die sich der Hauptmann für seine Kinder hält. Der Wächter, ein älterer Mann, hielt dies seiner unwillkürlich und weigerte sich, die Arbeit zu thun. Darauf ging der Hauptmann a. D. ins Gefecht und machte H. kräftige Vorhaltungen, wie sie beim Militär gebräuchlich sein mögen, von Arbeitern jedoch nicht gelitten werden. „Wenn seine Frau ihm sagen läße, er solle die Ziegen füttern, dann habe er das zu machen.“ Kläger meinte nun, daß sei er nicht gewöhnt, worauf der Hauptmann ihn anfuhr: „Scheren Sie sich nach Hause, Sie Klappsi!“ Der Kläger bedankte sich für den während seiner siebenjährigen Thätigkeit erworbenen Titel und ging. Er selber behauptete vor Gericht, daß ihn der Hauptmann am Kragen gepackt und hinausgeworfen habe. Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende, einen Vergleich herbeizuführen. Der Versuch scheiterte jedoch an dem Widerstande des Beklagten. Er gebe nichts, Kläger sei doch Soldat gewesen und hätte nicht „so etwas sagen“ dürfen.

Die Kammer VIII wies die Klage mit der Begründung ab, daß der Kündigungsanspruch von vor sieben Jahren seine Rechtskraft auch für die Zeit beibehalten habe, wo der Kläger Wächter war. Die Veränderung in seiner Stellung habe an der Kündigungsbedingung, die Kläger als Arbeiter eingegangen sei, nichts geändert. Damit solle der Anspruch H.'s und es komme nicht mehr darauf an, ob ein Entlassungsgrund vorlag.

Etwas von der Kontraktbruchbuße gemäß § 124 b der Gewerbeordnung. Der Speditur Neumann hatte den Eheleuten L., die für ihn als Zeitungsausreiter thätig waren, gekündigt. Der Mann legte darauf die Arbeit sofort nieder und Frau L. folgte seinem Beispiel. Beide verlangten dann im Klagewege von Neumann rückständigen Lohn von zusammen 19,50 M. Neumann erhob Widerklage wegen Kontraktbruchs und beanspruchte gemäß § 124 b der Gewerbeordnung eine Buße in Höhe des ordentlichen Tageslohns für eine Woche. Er legte seiner Forderung den für Berlin festgesetzten ordentlichen Tageslohn gewöhnlicher Tagesarbeiter zu Grunde, der für männliche Arbeiter über 16 Jahren 2,70 M., für weibliche Arbeiter 1,90 M. beträgt. Thatsächlich verdienten die Leute beim Zeitungsausreiter täglich nur 70 Pfennig der Mann und 60 Pfennig die Frau. Die Kammer VII des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Dr. Gertß beurteilte Neumann zur Zahlung des rückständigen Lohns und erkannte auf die Widerklage A.'s, daß die Eheleute L. verpflichtet seien, ihm wegen Kontraktbruchs 4,90 M. und 4,20 M. zu erstatten. Der Gerichtshof ging davon aus, daß bei dem geringen Tagesverdienst, den die Kläger und Widerbeklagten aus der Thätigkeit als Zeitungsausreiter bezogen, nicht der behördlich festgesetzte ordentliche Tageslohn gewöhnlicher Tagesarbeiter die Grundlage einer Kontraktbruchbuße gemäß § 124 b der Gewerbeordnung bilden könne. Vielmehr wäre hier als ordentlicher Tageslohn im Sinne des § 124 b der wirkliche Tagesverdienst von 70 Pf. für den Mann und 60 Pf. für die Frau zu nehmen, so daß bei einer sieben-tägigen Arbeitswoche die Summe von 4,90 M. und 4,20 M. herauskämen.

Versammlungen.

Eine öffentliche Kürschner-Versammlung befahte sich am Montag mit der Angelegenheit des Westfälischen Webemeyer und dem hierzu ergangenen Spruch des Schiedsgerichts, welcher kürzlich in einer Wahlvereins-Versammlung in Lichtenberg verhandelt worden ist. Nach längerer eingehender Debatte beschloß die Versammlung, daß aus den Mitgliedern der beiden Schiedsgerichte, welche in dieser Angelegenheit zu entgegengesetzten Urteilen gekommen sind, ein neues Schiedsgericht gebildet werden soll, welches nochmals den Fall unteruchen und darüber urteilen soll. Außerdem beschloß die Versammlung, daß die Kosten der Ausfertigung zur Hälfte von der Organisation und zur Hälfte von dem Vertrauensmann getragen werden sollen.

Schmargendorf. Am 24. Juni hielt der socialdemokratische Wahlverein im Lokale Sanssouci, das uns jetzt wieder nach kurzem Kampfe zur Verfügung steht und das einzige Versammlungslokal hier am Orte ist, eine Mitgliederversammlung ab. Wille sprach in einem 1 1/2 stündigen Vortrag über die schädigenden Wirkungen der Volksektion. Unter anderem wurde beschlossen, daß 10. Stiftungsfest am 27. Juli durch Konzert, Vorträge und Tanz im Lokale Sanssouci zu feiern.

Der Wahlverein Köpenick hielt am 25. Juni im Lokale „Wilhelmsgarten“ seine Vereinsversammlung ab, in welcher Schuberth, Schöneberg über Ziele und Forderungen der Socialdemokratie sprach. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Darauf gab der Vorsitzende Schulze den Bericht über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins. Ehe er jedoch damit zu Ende kam, löste der überwachende Beamte um 11 Uhr die Vereinsversammlung wegen des Eintritts der Polizeistunde auf.

In Nagel (Kreis Niederbarnim) tagte am 30. Juni eine Volksversammlung, in welcher Genosse Schuberth, Schöneberg über „Warum will man der arbeitenden Bevölkerung den Vortritt höher hängen“ referierte. Diskussion fand nicht statt. Unter Verschiedenes erörterte Genosse Otto Schröder, Herzfelde einen Unfall auf der Pflanze von Gustav Mann in Herzfelde, wo ein Arbeiter durch herabstürzende Tommassen getötet wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Genosse Adler in den niederösterreichischen Landtag gewählt. Im Wiener Wahlbezirk Favoriten ist am Dienstag, wie aus einem Privattelegramm aus Wien meldet, Genosse Dr. Adler mit 4248 Stimmen zum Landtags-Abgeordneten für den niederösterreichischen Landtag gewählt worden.

Das Mandat war bisher durch einen Christlich-Sozialen vertreten und die Ungeuer-Garde war selbstverständlich vor seinem Mittel zurückgeschreckt, sich das Mandat zu erhalten. Durch Wahlrechts-Veränderungen aller Art, durch Einschüchterungen und die wirksamste Wahlhege versuchten sie, der Socialdemokratie den Sieg streitig zu machen.

Der Wahlkampf war deshalb, trotzdem der Wahlbezirk Favoriten zu fünf Sechsteln von Arbeitern bewohnt wird, ein außerordentlich heißer und die Chancen des Erfolgs waren bei dem Wahlmodus und dem ungünstigen Wahlrecht vor, den man an zahlreichen Arbeitern versuchte, keineswegs die sichersten.

Mit um so größerer Bemüghung darf die Wiener Arbeiterschaft ihren Erfolg begrüßen. In den eisernen Ring, den die klerikalen Volksverdummer um Nieder-Österreich gelegt hatten, ist endlich die erste Bresche geschossen!

Triumph der Nordschiff.

Marseille, 2. Juli. (B. L. V.) Hier fanden gestern interessante Schießübungen der Festungs-Marine-Batterie statt. Die 27 Millimeter-Geschütze zeigten große Treffsicherheit; fast kein Schuß gegen die mit 8 Knoten Geschwindigkeit schwimmenden Ziele ging fehl. Im Ernstfalle wäre eine feindliche Flotte unrettbar verloren gewesen.

Englisches Unterhaus.

London, 2. Juli. (B. L. V.) Der Unterstaatssekretär des auswärtigen Eramborne erklärt auf eine Anfrage, die Regierung habe erfahren, daß eine Mission aus Tibet in Rußland angekommen sei, doch habe die Regierung keine nähere Nachricht über den Charakter dieser Mission erhalten. Die englische Regierung habe an die russische keinerlei Mitteilung über diese Angelegenheit gerichtet. Gibson Bowles fragt an, ob bei der Regelung der englischen Friedensbedingungen mit den Boeren die Regierung beabsichtige, die den Einfall Jamesons begleitenden Umstände in Erwägung zu ziehen und eine Kommission einzusetzen, welche über den Einfall eine eingehende Untersuchung anzustellen habe. Balfour erwidert, die Regierung wolle diese Angelegenheit nicht wieder auf Tapet bringen.

Die Pest in Aegypten.

Kairo, 2. Juli. (B. L. V.) Seit dem 23. Juni sind in ganz Aegypten 15 Pestfälle und 6 Todesfälle infolge von Pest vorgekommen. Die Gesamtzahl der Pestfälle seit dem 7. April beträgt 73, wovon 30 einen tödlichen Ausgang hatten.

Leipzig, 2. Juli. (B. L. V.) Wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, hat sich heute nachmittags ein Kassenbote der Leipziger Bank in einem Brunnen ertränkt.

Prag, 2. Juli. (B. L. V.) Landtag. Der Antrag Siquoch und Genossen auf Abänderung der Landtags-Wahlordnung in Böhmen, nach welchem bei den Wahlen des Großgrundbesitzes analog den Reichstagswahlen sechs Wahlgruppen gebildet werden sollen, wurde nach längerer Debatte mit allen gegen die Stimmen der Deutschen und Baga's einer Sonderkommission von 18 Mitgliedern überwiesen.

Paris, 2. Juli. (B. L. V.) Die Deputiertenkammer hat Artikel 1 des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes angenommen. Sie nahm alsdann im weiteren Verlaufe der Sitzung einen Antrag Gailhard-Lancet an, in welchem die Regierung ersucht wird, während der Ferien die Berufsunfähigen wegen der Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter zu Rate zu ziehen. Ein Kreditbetrag von 2 500 000 Fr. für die Civilpensionen wurde einstimmig genehmigt.

London, 2. Juli. (B. L. V.) Das Oberhaus verwarf in seiner heutigen Sitzung mit 83 gegen 46 Stimmen einen Gesetzentwurf, durch welchen es den Frauen ermöglicht werden sollte, Mitglieder der Londoner Bezirksräte zu werden. Der Gesetzentwurf war nicht von der Regierung ausgegangen.

Petersburg, 2. Juli. (B. L. V.) Infolge der anhaltenden Dürre herricht in den Gouvernements Saratow, Samara und Astrachan Hungernot.

New York, 2. Juli. (Bureau Laffan.) Die außerordentlich große Hitze in New York hat in dem Zeitraum von 24 Stunden — von Sonntag Rittersnacht bis Montag zur selben Stunde — 75 Todesfälle und Hunderte von Schwächekranken herbeigeführt. Die Temperatur schwankt zwischen 98—114 Grad Fahrenheit im Schatten. Alles eilt nach Conch Island. Es wird berechnet, daß 15 000 Personen am dortigen Strande zur Nacht geschlossen hätten. Sie wurden von der Polizei bewacht.

Tientsin, 2. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Es wird von einem Gescheh gemeldet, welches bei Scherzung an der Grenze von Tschili und der Mandchurei zwischen Soamandanten und Eingeborenen stattgefunden hat. Die ersteren wurden geschlagen, ein mohammedanischer Pöbel wurde getötet.

Yokohama, 2. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nachrichten aus Seoul zufolge hat Korea plötzlich von Japan verlangt, daß es seine Postämter in Korea schließt und seine Beamten zurückberufe.

Berliner Partei-Melegelegenheiten.

Der fünfte Reichstags-Wahlkreis hält am Sonnabend, 6. Juli, in der Brauerei Friedrichshagen sein Sommerfest ab, das diesmal ein ganz besonders reichhaltiges Programm aufweist.

Rigdorf. Die Genossen und Genossinnen machen wir noch besonders auf die heute bei Gröblers stattfindende Volksversammlung aufmerksam.

Lokales.

Vom Apotheken-Bohloft.

Wie ein hiesiges Blatt mitteilt, hat der Verein der Apotheker Berlins am Sonnabend beschlossen, an die Aufsichtsbehörde eine Eingabe zu richten, in welcher jede Verantwortung für die fernere ordnungsmäßige Arzneiabfertigung in den nicht boykottierten Apotheken in Hinsicht auf die ungenügende Mehrzahl an Arbeit abgelehnt werden soll.

Interessant ist aber auch noch folgendes: Während die Herren bei der Aufsichtsbehörde über die „ungefunde Mehrzahl an Arbeit“ Klage führen, machen sie sich Arbeit, die gar nicht von ihnen verlangt wird, Arbeit, die weder im Interesse der Massen, noch dem der Kranken, sondern ausschließlich — im Interesse des Geldentzells der Apotheker liegt.

Die Wohnungsnot

wird allen Anschein nach zum Oktober dieses Jahres sich weit empfindlicher als im vorigen Jahre fühlbar machen. So arg wie gegenwärtig war es noch nie um kleine Wohnungen bestellt. In den Arbeiterquartieren sind in den letzten Tagen teilweise sämtliche Mieter der Hinterhäuser ausgelündigt worden; eine Ausnahme wurde nur bei denen gemacht, die, pünktliche Mietzahlung vorausgesetzt, so glücklich sind, keine Kinder zu besitzen.

Weshalb eine schwere Schuld die liberalen Stadtväter Berlins im Angesicht dieses unerträglichen Notstands auf sich geladen haben, leuchtet uns allem hervor. Seit über Jahresfrist wissen sie, wie es um das Wohnungswesen bestellt ist, und rechtzeitig hat die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung eine Reihe Anträge unterbreitet, deren Annahme die Not schon jetzt hätte wesentlich mildern können.

mag der Hausbesitzermeinheit im Rathaus ein Greuel gewesen sein, und daher beugte man sich mit dem lendenlahmen Beschluß, der die Möglichkeit einer Unterfütterung von Baugenossenschaften behandelte, und sah im übrigen vernünftig und mit beschränktem Armeiden dem wachsenden Notstand zu.

Das Stiefkind der Eisenbahnverwaltung ist und bleibt die vierte Wagenklasse. Das zeigt sich von neuem bei der Tarifreform, die der Eisenbahnminister durch Einführung der Rückfahrkarten mit 45tägiger Dauer geschaffen hat. Diese Reform ist für die ärmeren Bevölkerungsschichten, denen sie am ehesten nützlich wäre, nicht vorhanden, weil für die vierte Klasse keine Rückfahrkarten ausgegeben werden.

Die Frauen in den Gemeinde-Waisenträten. Die städtische Waisenvverwaltung veröffentlicht für 1900 einen Bericht über die Tätigkeit der Waisenväterinnen in den Gemeinde-Waisenträten. Sie stellt mit Befriedigung fest, daß die Zahl der Waisenväterinnen im letzten Jahre weiter zugenommen hat.

Der „Deutsche Apothekerverein“ giebt anfangs Juli ein „deutsches homöopathisches Arzneibuch“ heraus. Das Werk soll die einheitliche Ausfertigung homöopathischer Verordnungen in gleicher Weise herbeiführen und sichern, wie das „deutsche Arzneibuch“.

Die wissenschaftliche Dauer-Ballonfahrt, die von Herrn Jekeli-Boisdamm im September vorigen Jahres veranstaltet worden ist, aber infolge der Verwendung des Schleppseils ein vorzeitiges Ende in Verna gefunden hat, soll demnächst wiederholt werden.

Eine Familientragödie. Ein furchtbares Drama meldet mit kurzen Worten der Polizeibericht: Heute mittag wurden der Photograph Haglund, 57 Jahre alt, die Kaiserin Louise Reibold, 37 Jahre alt, und deren Kind Fritz Hof Reibold, 3 Jahre alt, in ihrer Wohnung, Kommandantenstr. 29, tot aufgefunden.

Hierzu wird uns weiter gemeldet: Haglund ist 1847 geboren und lebte mit der Reibold in wilder Ehe. Er mietete am 1. April dieses Jahres von dem im Hause Kommandantenstraße 29 wohnenden Gastwirt Kube eine aus zwei Stuben und Küche hinter dem Laden, nach dem Hofe zu belegene Wohnung ab.

müden noch am Montag zu Abend gegessen, fährten sie zur Ausführung der traurigen That. Zunächst lösten sie Cyanal in Milch auf und gossen diese, um sie schmackhafter zu machen, mit Himbeersaft vermischte Flüssigkeit in eine Milchflasche und gaben dem Kinde zu trinken. Der Tod der Kleinen trat vermutlich sehr schnell ein. Die Leiche wurde in ein Bett gelegt und dann mit Geraniumblüten überstreut, die von dem auf dem Fensterbrett stehenden Blumen abgepflückt waren.

Für die elektrische Schnellbahn Berlin-Possen sind die hölzernen Trägermasten zwischen Marienfelde und Possen bereits sämtlich aufgestellt worden und werden jetzt mit eisernen Auslegern versehen, welche zur Befestigung der Drähte dienen.

Von der Straßenbahn erfährt wurde am Dienstagmorgen um 10 1/2 Uhr der 42jährige Magistratsbeamte Robert Breuninger aus der Zimmernstraße 18. Als er an der Frankfurter Allee und Gubenerstraße den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde er von der vorderen Plattform des Wagens umgeworfen.

In dem neuen Tier-Asyl in Rankwitz hat der Deutsche Tierärzverein nunmehr auch eine Klinik eröffnet. Es finden dort selbst bis auf weiteres unter Leitung des Tierarztes Dresdner wöchentlich zweimal, Mittwochs und Sonnabends, von 2 1/2-3 1/2 Uhr nachmittags Untersuchungen von Tieren aller Arten statt.

Seit dem 24. Juni ist der in der Friedrich Karlstraße 13, Berlin O., wohnhafte Zimmerer Wilhelm L. Kaser verschwunden. Längere Arbeitslosigkeit hat den als sorgsamem Familienvater bekannten Mann trüblich gemacht; die Frau, die mit den Kindern im Zimmer und Kammer zurückgelassen ist, bittet jeden, der eine Mitteilung über den Verbleib des Verschwundenen machen kann, um Nachricht.

Einer nur kurzen Freiheit erernten sich die beiden Schaulastende Habel und Dollfuß, die erst am Freitag aus dem Zuchthaus entlassen waren. Sie hatten ihre Triparrusse in Berlin bald aufgekehrt und sich ihrem alten Verbrechergewerbe wieder zugewandt.

Ein ausgedehnter Fabrikbrand am Montagabend um 9 Uhr in der Helmholtzstraße in Charlottenburg in der Fabrik der Aktien-Gesellschaft für Kaphalt und Dachbedeckung, vormals Joh. Jeksch, Salgauer 18, aus unbekannt gebliebenen Ursache zum Ausbruch. Das Feuer war erst bemerkt worden, als es schon eine große Ausdehnung erlangt hatte.

Auch ein Opfer des Transvaalkriegs. Auf offener Straße Gift genommen hat die in Transvaal anlässlich 85 Jahre alte Frau Anna Vietzka. Dort lebte sie mit ihrem Mann, der ein Barbiergeschäft betreibt, und zwei kleinen Mädchen im Alter von 7 und 1/2 Jahren seit mehr als einem Jahrzehnt.

Schwer verbrannt ist am Dienstagmorgen gegen 4 Uhr der fünfjährige Sohn Georg der Aufwärterin Rannisch aus der Ballhofenstr. 46. Während die Mutter ihrer Beschäftigung nachging, hatte sie ihre beiden Kinder in der Wohnung zurückgelassen. Zu ihnen geflüchten sich noch zwei Kinder und Georg R. wollte auf einem Spirituslocher Milch warm machen.

Schwer verbrannt ist am Dienstagmorgen gegen 4 Uhr der fünfjährige Sohn Georg der Aufwärterin Rannisch aus der Ballhofenstr. 46. Während die Mutter ihrer Beschäftigung nachging, hatte sie ihre beiden Kinder in der Wohnung zurückgelassen. Zu ihnen geflüchten sich noch zwei Kinder und Georg R. wollte auf einem Spirituslocher Milch warm machen.

der Flasche und wurde am Kopf und im Gesicht erheblich verletzt. Auch seine Schwester, die das Feuer mit Papier erlöschte, erlitt Brandwunden. Hausbewohner griffen auf das Kindergeheiß helfend ein und der Anabe wurde an einem Brunnen abgelöst. Die herbeigekommene Feuerwehr fand keine Arbeit mehr. Der verletzte Anabe erhielt auf der Rettungswache I. in der Frankfurter Allee einen Verband.

Feuerbericht. Dienstag früh brannte an der Stromstr. 30 auf freiem Felde ein Posten Stroh. Durch Selbstentzündung war Litowstr. 5 ein Ferkelstallbrand entstanden. Wegen eines Bohningbrandes wurde die Wehr nach Schönhauser Allee 158 gerufen. Ein ähnlicher Brand war Langestr. 106 abzuschließen. Kleider und Wäsche wurden Potsdamerstr. 12 durch Feuer beschädigt. In einer Fahrradfabrik in der Schönhauserstr. 9 hatte Benzin Feuer gefangen, das indes glücklichweise noch im Keime erstickt werden konnte.

Vom Circus Busch. Es wird uns mitgeteilt, daß Herr Direktor Busch seinen Mietvertrag mit dem Fiskus auf weitere zehn Jahre verlängert hat. Der Circus bleibt also auf seinem jetzigen Platz (Kleine Präsidentenstr. 7) bis 1915 stehen.

Aus dem Zoologischen Garten haben wir über eine Reihe sehr bemerkenswerter Züchterfolge zu berichten. Ein kräftiges Weibchen hat die kleine Herde dieser kostbaren, in absehbarer Zeit dem Aussterben verfallenden Wildvögel um ein sehr willkommenes Mitglied bereichert. Auch in dem Gehege der Kamel und Krentiere erblickt man possidliche junge Tiere. Ein reichendes Wild gewöhnt zwei junge Virginier-Fische; die sehr hübsch gezeichneten Kälbchen umweihen ihre Mutter und jagen sich in dem weiten Gehege mit dem Lieder mit der Jugend. Beim Weiterstreiten bemerken wir ein hier geborenes, jetzt vier Wochen altes Reh und am Gemütsfelsen eine junge Tharziege und einen Mischling zwischen dem Schraubenziegenbock und der portugiesischen Ziege. Alle diese günstigen Erfolge sind ein Beweis dafür, daß die Tiere im Zoologischen Garten trotz ihrer Gefangenschaft sich verhältnismäßig wohl fühlen.

Aus den Nachbarorten.

Musterkündigung aus Spandau. Im Anschluß an unsere gestrige Nachricht: „Wie der Magistrat die Obdachlosen behandelt“ wird uns gefürchtet: Es ist bekannt, welchen Standpunkt die Stadtverwaltung in Spandau zur Wohnungsfrage einnimmt; man weiß, daß sie nicht nur jedes Eingreifen zu Gunsten der wirtschaftlich Schwachen, im Sinne der von sozialdemokratischer Seite gemachten Vorschläge, ausdrücklich und definitiv abgelehnt hat und daß man in den maßgebenden Kreisen noch bis auf den heutigen Tag das Bestehen einer Wohnungsnot abzuleugnen versucht. Die obdachlos gewordenen Familien wurden mehr oder minder verblümt als Laugenstücke, Krumpenbolde, moralisch Verkommenen usw. geschildert; von den 11 Familien, die seit April dieses Jahres ein städtisches Gebäude (die alte Feuerwerk-Kaserne) bewohnten (je zwei Familien ein Zimmer), behauptete der Oberbürgermeister sogar in der letzten Stadtverordneten-Sitzung, daß es den Leuten so gut in dem provisorischen Obdach gefalle, daß sie überhaupt nicht daran dächten, sich um eine andere Wohnung umzusehen, sie wollten eben keine Miete zahlen. Am Montagvormittag nun wurden sämtliche Insassen der alten Feuerwerk-Kaserne (darunter zwei Frauen mit je sieben Kindern) auf die Straße gesetzt, wo ihre Habseigenheiten von zahlreichen Leuten umlagert wurden. Auf dem Heinrichsplatz, in der Volkstheaterstraße sowie auf einem Hofe in der Reimendorferstraße lagerten außerdem noch der Häusler mehrerer am gestrigen Tage obdachlos gewordenen Familien. Am späten Abend (Montag) konnten die vor der alten Feuerwerk-Kaserne lagernden Familien infolge plötzlicher Anordnung wieder in das Haus hineingeholt werden. Was die Stadtverwaltung jetzt in der Wohnungsfrage thun wird, ist noch nicht abzusehen; vielleicht zwingt jetzt aber die Regierung sie, die unehörtene Zustände nach Möglichkeit zu beseitigen.

Zu der bereits kurz gemeldeten Aufhebung eines Spielereines in Weihensee wird uns noch folgendes mitgeteilt: Die Spielhölle befand sich in dem im Kellergehoß des Hauses Rembrandstr. 6 belegenen Ausschank der Frau Diezorek, die jedoch dem Lokal nicht selbst vorstand, sondern einem Beiräte der Vertreter-Konzeption übertrug hat. In der betreffenden Gastwirtschaft verkehrten Schmucker, Jodens usw., die dort dem Spiel fröhnten und schon lange war es bekannt, daß in den Wäldern Wäldern an den Weihensee Kenntagen große Geldsummen im „Bierblatt“, „Meine Tante, Deine Tante“ und ähnlichen Gargardspielen umgesetzt wurden. Schon mehrfach hatten Civilbeamte das Lokal besucht, doch vergeblich, da in Gegenwart Fremder nur erlaubte Spiele betrieben wurden. Am vergangenen Sonntag aber wurde ein auffälliger Schlag gegen die Spielhölle ausgeführt. Berliner Kriminalbeamte und Ordnungsdame, die in mannlicher Weise die Eingänge zu dem Restaurant besetzt hatten, drangen plötzlich von verschiedenen Seiten in die Gastzimmer und ertappten die Spieler bei voller Arbeit. Diese suchten schnell Karten und das in großen Mengen auf den Tischen liegende Geld verschwinden zu lassen, was ihnen jedoch nur zum Teil gelang. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte noch eine größere Summe, wie es heißt insgesamt circa 3000 M. Einem der Spieler, einem Banhalter gelang es, die Beamtenteile zu durchbrechen und die Flucht zu ergreifen. Obwohl er sofort verfolgt wurde, entkam er doch den Händen der Kriminalpolizei. Von den Spielern wurden sechs Namen nach dem Amtsbureau in Weihensee mitgeteilt, während von den übrigen an Ort und Stelle die Personalien festgehalten wurden.

Lichtenberg. Die Klage gegen den Gemeindevorstand auf Ungültigkeitserklärung der als „Angeessenen“ gewählten Gemeindevorordneten Genossen Kette, Weichflud, Wedemeyer und des als „nicht Angeessenen“ gewählten Genossen Grauer, die bekanntlich durch den „Werkmeister“ Ignaz Weisner angereizt wurde, ist nunmehr den Beteiligten durch den Kreisaustrich zur Verantwortung zugegangen. Herr Weisner kann ja dabei nicht viel verlieren; der „Bürgerverein“, dessen Mitglied er ist, hat beschloffen, diese Klage und die des Herrn Plonk, die den gleichen Gegenstand betrifft, auf „Vereinstosten“ zu übernehmen. Uns scheint nach dem klaren Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen der Liebe Mühe vergebens.

Gerichts-Beilage.

König in Berlin.

Wegen Beleidigung der jetzigen Frau des Buchdruckereibesizers Lehmann in König, Martha, geb. Hoffmann, stand gestern der Herausgeber des „Satyr“, Dr. Alexis Schlemmer, vor der achten Strafkammer des Landgerichts I. Als Moritz Levy in König wegen Meineids verurteilt worden war, veröffentlichte der „Satyr“ eine kurze Notiz, in welcher ohne Namensnennung die Anklage der Tochter Martha des Fleischermeisters Hoffmann kritisiert wurde. Diese fühlte sich dadurch beleidigt, daß in jener Notiz eine Gegenüberstellung stattgefunden hatte zwischen den jüdischen, ungebildeten oder schon wegen Körperverletzung, Betrugs und ähnlicher Straftaten vorbestraften thörichten Menschen, die vor dem Forum der Justiz darauf losklopfen, und der „deutschen Jungfrau“, die wackelnd und rathloslagend mit Herrn Speißiger die Regungen ihrer schönen Seele in die Worte ausklingen läßt: „Wir müssen den Juden meideinzig machen!“ Der jetzige Ehemann der Martha Hoffmann strengte daraufhin durch Rechtsanwalt Dr. Hahn - Charlottenburg die Privatbeleidigungsklage an. Die 150. Abteilung des Amtsgerichts I unter Vorsitz des Amrichters Fribe verurteilte den Angeklagten zu 600 Mark Geldstrafe. Gegen dies Urteil legte der Angeklagte durch Rechtsanwalt Sonnenfeld Berufung ein. Die Begründung des ersten Urteils hat in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt, weil es eine Anzahl von Thatsachen als „gerichtsnotorisch“ hinstellte, die überhaupt keine Thatsachen sind. In der gestrigen Verhandlung hob der Vorsitzende Landgerichtsrat Reinde hervor, daß die „Notoricität“ des ersten

Nichters sehr weit gegangen zu sein scheint, und der klägerische Vertreter Rechtsanwalt Dr. Hahn erklärte unwillkürlich an, daß der erste Richter manches für „gerichtsnotorisch“ erklärte, was notorisch unrichtig sei. So sei es fälschlich als „gerichtsnotorisch“ hingestellt worden, daß der Schlächtermeister Hoffmann unter dem Verdachte des Mordes längere Zeit im Untersuchungsgefängnis zugebracht habe, „feiner sei es zu Unrecht als „gerichtsnotorisch“ hingestellt worden, daß das einst blühende Geschäft des Hoffmann durch dessen lange unwillkürliche Haft ruinirt worden sei.“ Ebenso vertuschelt der erste Richter offenbar die Personen Martha und Anna Hoffmann, wenn er in den Urteilsgründen sagt: Martha Hoffmann habe längere Zeit unter dem falschen Verdacht gestanden, mit Ernst Winter geschlechtlich verkehrt zu haben. Rechtsanwalt Dr. Hahn stellte fest, daß er die Klage nur auf die beleidigende Gegenüberstellung der besonderen Art von Belastungszeugen und der Privatklägerin begründet habe. Rechtsanwalt Sonnenfeld stellte hierauf eine Reihe von Anträgen: Während eine Reihe von Zeugen ihr Wissen einfach behauptet haben, trage die Privatklägerin die Verantwortung dafür, daß sie herumgegangen sei und verurteilt habe, mehreren Personen nahe zu legen, daß sie doch wohl den Moritz Levy in Gesellschaft von Ernst Winter gesehen haben, wobei sie fälschlich ausgesprochen habe, daß andre Leute schon ebenso ausgesagt hätten. Sie habe hierzu gar keinen Grund gehabt, denn thatsächlich habe die Familie Levy weder direkt noch indirekt Herrn Hoffmann der Thatsache verdächtigt. Die Privatklägerin selbst könne gar nicht wissen, ob Levy mit Winter verkehrt habe, denn sie sei längere Zeit in Ausland gewesen. — Rechtsanwalt Dr. Hahn erwiderte: Er wisse nicht, ob Levy den Hoffmann verdächtigt habe, thatsächlich seien aber von Juden in König, die doch recht eng zusammenhalten, die verschiedensten Anschuldigungen gegen Hoffmann erhoben worden. Er beantrage ferner zwei Artikel aus den Nummern 12 und 14 der „Laternen“ zu verlesen, in denen der Angeklagte das Urteil in quäntlicher und ironischer Weise kritisiert habe. Dies beweise, daß eine milde Geldstrafe ihm gegenüber nicht als Plage sei. — Nachdem Rechtsanwalt Sonnenfeld es als unzulässig bezeichnet hatte, später geschriebene Artikel zur Urteilsfindung heranzuziehen, beschloß der Gerichtshof, den Antrag abzulehnen. — Rechtsanwalt Sonnenfeld beantragte nunmehr: die Vorlegung der Strafakten wider Hoffmann, die Vernehmung der Frau Martha Lehmann geb. Hoffmann und die Vernehmung des Berichtshalters Lutz in König, welcher bezeugen werde, daß Frau Lehmann in der geschilderten Art von Haus zu Haus gegangen ist. — Der Gerichtshof beschloß zur weiteren Benennung von Zeugen nach dieser Richtung hin dem Angeklagten eine Frist von 4 Wochen zu gewähren, die Zeugen durch einen ersuchten Richter vernahmen zu lassen und dann erst einen neuen Termin anzuberaumen.

Die IV. Strafkammer des Landgerichts I fällte gestern das Urteil in der Strafsache gegen den Urmacher und Goldwarenhändler Karl Anspitzbild. Wie wir berichteten, stand derselbe dieser Tage vor der Strafkammer unter der Beschuldigung des Verleidungsbeitrags. Es wurde ihm vorgeworfen, einen Einberufungsbescheid, den er bei der Hamburg-Bremer Versicherungsgesellschaft angemeldet hatte, erdichtet und die angeblich gestohlenen Goldschacke und Juwelen selbst beisteigt gebracht zu haben. Der Angeklagte war bei dem auf 2 1/2 Jahre Gefängnis lautenden Antrag des Staatsanwalts in Ohmstedt gefallen und die Verurteilung des Urteils mußte daher auf Dienstag vertagt werden. Das letztere lautete auf 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust.

Der Hauseigentümer Vary. Die unter eigenhändigen Verhältnissen erfolgte Verhaftung des Eigentümers Leo Vary aus der Waldemarstraße erregte derzeit Aufsehen. Vary war an einem Wai Tage dieses Jahres im Kriminalgerichts-Gebäude erschienen, um seinen Pflichten als Geschäftswortner nachzukommen. In dem betreffenden Tage gehörte er nicht zu den Angestellten, er konnte deshalb einer Vorladung des Untersuchungsrichters nachkommen, der zu demselben Vormittag gegen Vary einen Vernehmungstermin anberaumt hatte, weil dessen Dienstmädchen ihn eines Stillschleitsverbrechens bezichtigt hatte. Vary lebte nicht nach Hause zurück, konnte in der damaligen Schwurgerichtsperiode seinen Verpflichtungen als Geschäftswortner auch nicht mehr nachkommen, denn der Untersuchungsrichter ließ ihn sofort in Haft nehmen. Gegen eine erhebliche Kaution ist Vary dann wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Gestern wurde vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt. Die Anklage lautete auf wiederholtes Stillschleitsvergehen, begangen gegen sein wöhntliches Dienstmädchen. Der Beschuldigte gab zu, mit dem Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben, es sei dies aber mit dessen Einwilligung geschehen. Wie aus der Urteilsverurteilung hervorging, hatte der Angeklagte die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen angefochten. Die Verweiskaufnahme war nach dieser Richtung hin aber nicht zu seinen Gunsten ausgefallen. Nach dem Antrage des Verteidigers Rechtsanwalts Dr. Schwind habe der Gerichtshof dem Angeklagten mildernde Umstände zugestimmt, weil derselbe einerseits unbescholten sei und andererseits das Mädchen sich nicht energisch genug (!) gegen seine unständigen Angriffe gewehrt habe. Es sei deshalb nur thätliche Verleidigung angenommen und nicht nach dem Antrag des Staatsanwalts auf sechs Monate Gefängnis, sondern auf eine Geldstrafe von 500 M. erkannt worden.

Der Kampf zwischen sozialdemokratischen und deutsch-nationalen Handlungsgesellen kam auch in einer am Montag vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelten Beleidigungsklage zum Ausdruck. Der antimittliche Agitator Victor Globel, Versicherungsdiener und Handlungsgeselle im Sinne des Gesetzes, füllte sich beleidigt durch einen Artikel des Handlungsgesellen-Blattes, welcher sich mit einer der jatham bekannten Pädlerveranstaltungen beschäftigte, in welcher Globel als Assistent des Grafen Pädler auftrat. Globel citirte den damaligen Redacteur dieses Organs, Genossen Kaliski vor den Richtern. Während der Kampf der Antimittlichen hauptsächlich in der Form des besten Beschimpfens geführt wird, flüchten die Herren unter den Schutz des Richters, wenn ihr Verhalten einmal fernig gebrandmarkt wird. Rechtsanwalt Victor Kränzl gab eine Schilderung des Kampfs zwischen beiden Organisationen und erklärte einen Wahrheitsbeweis für die in dem Artikel angeführten Behauptungen führen zu wollen, verlangte aber in jedem Falle für den Beklagten den Schutz des § 193. Unter Ablehnung des angebotenen Wahrheitsbeweises wurde Genosse Kaliski bei Zustimmung des § 193 zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Die Speisewirtschaften und der Neunubr-Ladenschluß. Wegen Vergehens gegen § 139b der Gewerbe-Ordnung war die hier in der Königstraße wohnende Frau Burgmann in erster Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie in ihrer Speisewirtschaft (nicht zu verwechseln mit einer Gastwirtschaft) noch nach 9 Uhr abends an Gäste Speisen und Bonbons verkauft hatte, die in der Wirtschaft verzehrt wurden. Das Schöffengericht hielt die Speisewirtschaft für eine offene Verkaufsstelle im Sinne des § 139b, Absatz I, die um 9 Uhr abends hätte geschlossen werden müssen. Auf die Berufung der Angeklagten sprach sie jedoch das Landgericht I frei, und das Kammergericht hat jetzt die hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision mit folgender Begründung verworfen: Unter offene Verkaufsstellen im Sinne des § 139b der Gewerbe-Ordnung seien, wie der Wortlaut der Bestimmung, zum Beispiel die Wäfler der Bezeichnung „Ladenschluß“, und die Verhandlungen des Reichstags ergaben, nur Läden und ähnliche dem Publikum geöffnete Stellen zu verstehen, in denen Waren zum Mitnehmen für das Publikum verkauft würden. Gast-, Schank- und Speisewirtschaften fielen nicht unter die Bestimmung über den Neunubr-Ladenschluß, da in ihnen die Waren zum Genuß auf der Stelle verkauft würden. Für ihre Geschäftstätigkeit wären die Bestimmungen des Straf-Gesetzbuchs über die Polizeistunde maßgebend. Die Speisewirtschaften seien in dieser Beziehung so wie die Schank- und Gastwirtschaften zu behandeln. Die Angeklagte sei deshalb mit Recht freigesprochen worden.

Sozialwissenschaftlicher Studenten-Verein. Mittwoch, den 3. d. M., abends 8 1/2 Uhr, zweite wissenschaftliche Sitzung der Untergruppe zum Studium der Volkswirtschaft. Referat des Herrn stud. jur. H. Schulz über das Thema: Inwiefern ist eine Notlage der Landwirtschaft anzuerkennen?

Vermischtes.

Zwei Knaben auf Rügen ermordet. Aus Waabe auf der Insel Rügen wird der „Greifswalder Zeitung“ gemeldet, daß zwei Knaben im Alter von 6 und 8 Jahren, Kinder eines Fuhrmanns aus Göhren, die sich Montagabend im Walde verirrt hatten, gestern morgen dort als Leichen aufgefunden wurden. Dem einen Knaben war der Hals durchgeschnitten, dem andern der Kopf völlig vom Rumpfe getrennt. Der Thäter konnte bisher nicht ergriffen werden. Man vermutet, daß es ein fremder Tischlergeselle sei, der früher in Göhren gearbeitet hat.

Unwetter in Frankreich. Aus verschiedenen Teilen der Provinz laufen Meldungen über durch gestern niedergegangene Gewitter angerichtete Verheerungen ein. In Zhou schlug der Blitz in ein Haus, tötete ein im Bett liegendes sechsjähriges Kind und verletzte ein andres Kind schwer. In Bezoni zündete der Blitz ebenfalls und äscherte eine Scheune ein.

In New York herrscht zur Zeit eine furchtbare Hitze. In den letzten 24 Stunden waren, wie vom Dienstag berichtet wird, 153 Fälle von Hitzschlag und 87 Todesfälle infolge von Hitzschlag zu verzeichnen. In den letzten fünf Tagen betrug die Gesamtzahl der auf die herrschende Hitze zurückzuführenden Todesfälle 196.

Marktpreise von Berlin am 1. Juli 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Waren, gut	D.-Gr.	—	—	—	—	—	—	—	—
Weggen, mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— gering	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— gut	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— gering	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— gut	16	—	14,90	—	—	—	—	—	—
— mittel	14,80	—	13,70	—	—	—	—	—	—
— gering	13,60	—	12,50	—	—	—	—	—	—
— gut	16,20	—	15,40	—	—	—	—	—	—
— mittel	15,30	—	14,60	—	—	—	—	—	—
— gering	14,50	—	13,80	—	—	—	—	—	—
— gut	7	—	6,50	—	—	—	—	—	—
— mittel	7,40	—	6,30	—	—	—	—	—	—
— gering	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— gut	40	—	35	—	—	—	—	—	—
— mittel	45	—	35	—	—	—	—	—	—
— gering	65	—	30	—	—	—	—	—	—

* Drei Wagen und ab Bahn.
Produktionsmarkt vom 2. Juli. Getreide, Weizen und Roggen waren heute für nahe Sichten auf Realisierungen gedrückt; namentlich Weizen gab 1/2 Mark nach, während Roggen nur bis 1/2 Mark billiger zu haben war. Von dem Auslande lagen fast durchweg mattere Tendenz- und Preisänderungen vor, nur Oelkörner-Lieferungen kam einige Heller höher. Spätere Lieferungen beider Vorträge konnten sich gut behaupten, zumal da effiziente Offerten klein und teilweise nicht rentabel sind und überdies die Fruchtfolge freigen. Für die Saat wird reichlich Regen gemeldet. Das Geschäft war beschränkt. Wehl still und ungewandelt, ebenso Hafer und Mais. Rüböl wurde auf gefriger Nachfrage zu billigeren Preisen gehandelt und war heute ohne Umsatz und Notiz.
Speisewohl blieb ohne Umsatz und Notiz.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zweckstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

G. J. B. B. 1. Sie meinen Göhren auf Rügen. 2. Es giebt sieben solcher Orte, darunter kein Ritz- und Babort. 3. Einbau a. B. ist klimatisch Kurort. 4. Ohne Abkommens-Comitang giebt es häufig keine Antwort.

1900 G. R. Rechtzeitige Kündigung. Ich in Ihrem Vertrage als Kündigungsfrist 3 Monate und 3 Tage vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 27. Juni Ihrem Wirt zugegangen sein, um rechtzeitig zu sein. Ich in Ihrem Vertrage 3 Monate als Frist vereinbart, so muß die Kündigung, weil der 30. Juni auf einen Sonntag fiel, spätestens am 1. Juli dem Wirt zugegangen sein. Ich im Vertrage nicht über die Kündigungsfrist vereinbart, so ist eine am 3. Juli dem Wirt erklärte Kündigung rechtzeitig. Die angegebenen Fristen gelten auch dann als innewohnend, wenn der Wirt die Annahme an dem betreffenden Tage (27. Juni, 1. 3. Juli) ablehnt, (zum Beispiel weil auf dem Brief der Abweiser nicht ausgehen sei, oder weil er einen frankierten, eingeschriebenen oder nicht eingeschriebenen Brief nicht annehmen will, oder weil er nur bis 6 Uhr abends Briefe annimmt, oder wenn der Brief rechtzeitig eingelaufen war, der Wirt aber erst an einem späteren Tage Kenntnis von dem Briefe genommen hat, oder wenn der Brief verfehlt, ohne für einen Vertreter zu sorgen, dem der Brief abzugeben werden kann und dergl.); ferner in allen Fällen, in denen durch Schuld des Vermieters die Kündigung überhaupt oder verspätet zur Kenntnis des Vermieters gelangt, gilt die Frist als gewahrt, ist also die Kündigung rechtzeitig. Was gegenüber dem Wirt nach dieser Richtung hin Rechtens ist, ist es auch gegenüber dem Mieter, dem gekündigt wird. — **J. M. Rißdorf.** 1. Ja. 2. Das war leider zu spät.

V. C. 18. Der Erfolg einer Schadenersatzklage in Ihrem Falle läßt sich nicht voraussagen. Sie würde auf den an denkbaren Begriffen reichlich § 226 sich stützen. Danach ist wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem andern vorläufigen Schaden zufügt, dem andern zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Der Erfolg Ihrer Klage würde also davon abhängen, ob das Vergehen der Firma, gegen die (nicht gegen den Verein) die Klage zu richten ist, als ein gegen die guten Sitten verstoßendes in der letzten Instanz erachtet wird. — **H. E. Franz.** D. Die Klage ist bereits im Reichsboten vom 2. Juli unter Georg B. H. M. F. D. ausführlich behandelt worden. — **G. U. 100.** 1. Die Kündigung, die dem Manne zugeht, wird als auch der Frau gegenüber gültig erachtet. 2. Ja.

H. B. 7. Liegt nur Geschäftswachheit vor, so ist das Mädchen leider hilflos, anders wenn sie geschäftlich sein sollte. Wer eine geschäftliche Frauensperson zum außerehelichen Geschlechtsverkehr, ist mit Justizhaus bis zu 10 Jahren bestraft und hat auch civilrechtlich für die Folgen seiner Handlung einzustehen. — **Hüderdorf.** Ja.

G. S. 100. 1. Verlobte haben dem Standesbeamten zwecks Aufgebots ihre Geburtsurkunden und die zuzunehmende Erklärung derjenigen beizubringen, deren Einwilligung nach dem Gesetz erforderlich ist. Es ist erforderlich: für eheliche Kinder bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres die Einwilligung des Vaters; für uneheliche Kinder die der Mutter. Ferner müssen Militärpersonen des Friedensstandes sowie die vorläufig in die Heimat beurlaubten Wehrmänner und Reservisten außerdem die Genehmigung der Militärbehörde haben. Sie bedürfen einer solchen Genehmigung nicht, müssen aber ihre Militärpapiere mitbringen. Endlich müssen Sie, wenn Sie Bayer sind, noch einen Ortsnotar Ihres bayerischen Heimatortes beibringen. Wenn Sie (selbst in der Regel kaiserlich-preussischen Schein sparen, so lassen Sie ihn zuvor in den preussischen Staatsverband aufnehmen. Die Aufnahme kann sich aber recht lange — in der Regel gegen ein halbes Jahr — hinziehen.

— Ausländer. 1. Erst falls die Jungen wegen Meineids verurteilt werden sollten ist eine Wiederannahme in Ihrem Fall möglich. 2. Die Berufungsbittung beträgt in Ihrem Fall 6 Jahre. Diese Frist wird von der Rechtskraft des Urteils ab gerechnet, aber durch jede gegen Sie gerichtete Handlung des Richters (z. B. Stedbriefe, Anordnungen, Rechtsfragen) unterbrochen. Von der Unterbrechung ab beginnt eine neue Frist. 3. Ja. 4. Nein.

Witterungsbericht vom 2. Juli 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Erwinende	760 RD	7 heiter	15	—	Dapartanda	761 RR	2 wolkig	13	—
Hamburg	759 RD	1 wolkig	17	—	Petersburg	755 RD	1 Regen	15	—
Berlin	758 D	2 ab. bed.	18	—	Forst	755 RD	1 Regen	15	—
Frankf./M.	757 RD	3 bed. bed.	16	—	Harz	755 RD	2 bed. bed.	14	—
München	760 RD	—	16	—	—	—	—	—	—
Wien	757 RD	3 Regen	16	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 3. Juli 1901.
Etwas kühler, veränderlich, vielfach wolkig mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 3. Juli.
Cyberhaus, Geschlossen.
Schauspielhaus, Geschlossen.
Neues Cyber-Theater (Kroff).
Romantischer Anfang 8 Uhr.
Am Trippen-Theater: „Lebende Lieber“, Anfang 8 Uhr.
Schiller (Moritz-Oper) Undine, Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches, Geschlossen.
Lessing, Die Hindisfrau, Anfang 8 Uhr.
Karl Weill, Die Jüdin, Anfang 8 Uhr.
Puppen, Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches, Spezialitäten im Garten.
Volk-Theater, Spezialitäten im Garten.
Metropol, Spezialitäten-Vorstellung, Anfang 8 Uhr.
Apollo, Spezialitäten-Vorstellung, Anfang 8 Uhr.
Passage, Panoptikum, Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Theater, Damen-Ringspiele, Spezialitäten-Vorstellung, Anfang nachmittags 3 Uhr.
Reichshallen, Neumann-Bliemchen mit seiner Gesellschaft, Anfang 8 Uhr.
Irrantia, Taubenstr. 48/49, (Im Theaterhaus) Abends 8 Uhr: „Unter Rhein“.
Im Soraal: Franz Goerke: „Bornholm“.
Invalidenstr. 57/62, Täglich abends von 6-10 Uhr, Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Moritz-Oper.
Mittwochabend 7 1/2 Uhr:
Mit neuen Dekorationen, Kostümen und Maschinen.
Undine.
Roman, Oper in 4 Akten von Corring.
Donnerstagabend 7 1/2 Uhr:
Don Juan, oder: Der steinerne Gast.
Freitagabend 7 1/2 Uhr:
Hans Helling.
Sonnabendabend 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel.
Der Postillon von Lonjumeau.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
bei halben Preisen:
Marie, oder Die Regiments-Tochter.
Sonntagabend 7 1/2 Uhr:
Der Prophet.

Central-Theater.
Mittwoch, 3. Juli, Anfang 7 1/2 Uhr:
Gastspiel der 8 echt Japan, Geisha aus Tokio, zum 683. Male.
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Einlagen im 1. und 2. Akt:
1. Feiertlicher Tanz, 2. Ballspiel-Tanz, 3. Schmetterlings-Tanz, 4. Pfänder-Spiel, 5. Langsamer Tanz, 6. Frühlingstanz, 7. Grützel-Tanz, 8. Schirm-Tanz, 9. Grützel-Tanz, 10. Liebes-Tanz, ausgeführt von den 8 echt japanischen Geisha aus Tokio.

Publmanns Vaudeville-Theater
Schönhäuser-Allee 148.
Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Nur Kräfte ersten Ranges.
Großer Erfolg! Großer Erfolg!
Susanne im Bade.
Größe Ausstattungsoverette.
Anfang: Donnerstags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
F. Lehmann, Direktor.

Eine neue Nerven-Therapie!
(Neurasthenie, Hypochondrie, Hysterie, Melancholie etc.)
Es gibt wohl kaum eine härtere, grausamere Strafe für bewußt oder unbewußt begangene Sünden (Sünden der Lebensweise) als die Nervenkrankheit (Neurasthenie). Körperliche und seelische Qualen wirken hier zusammen, um den davon Betroffenen das Dasein zur Hölle zu machen. Wen das Nerveneleid einmal erfaßt hat, den hält es unerbittlich fest. Weder in der Arbeit noch im Vergnügen findet er Befriedigung; überallhin folgen ihm krankhafte Wehklagen und Bestimmung, krankhafte Furcht und Angstzustände, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung. Er ist in der Regel unfähig, seinen Geist auf irgend eine Aufgabe (Lesen, Denken etc.) zu konzentrieren. Jede geistige und körperliche Anstrengung, auch die kleinste, hat bei ihm eine peinliche Ermüdung, und selbst körperliche Schmerzen im Gefolge. Die kleinen Unannehmlichkeiten des täglichen Lebens, welche der gesunde Mann beachtet, geringe Geräusche und sonstige unbedeutende Ursachen reizen den Nervenkranken zu heftiger Zorn. Die Gemütsstimmung dieser Kranken ist eine düstere, pessimistische Lebensauffassung zureichende, zu mütterlich bösig und hoffnungslos (Melancholie). Eine unüberwindliche Müdigkeit zwingt sie in ihnen die immerwährende Angst, was wohl das Leben noch bringen werde. Überhand hypochondrische Ideen pflegen nehmender zu geben, geringfügige Schmerzen werden als Vorzeichen schwerer Krankheiten gedeutet. Wirklich organische Leiden sind beim Nervenkranken selten nachweisbar, und trotzdem fühlt er sich krank und elend. Nicht selten

Urania
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
- Unser Rhein. -
Im Soraal:
Franz Goerke: „Bornholm“
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.
Neu! Neu! Neu!
Der Champion aller Billardkünstler
Prof. Léon Goffard
aus Bruxelles
tritt täglich auf um 1/2 12 Uhr
vorm., 5, 7, 8 Uhr nachm.
Lobende Photographien,
die eiserne Jungfrau usw.

Zoologischer Garten
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 Mk.
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater
Vollständig neues
Specialitäten-Programm!
10 Debüts!
Frau Luna
Luftballett Grigolatis.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
Heute:
Schluss der Ringkämpfe
Entscheidung
Pons — Hackenschmidt
um den I. und II. Preis.
Dazu
das vollständig neue
Juli-Programm.
Beginn des Ringkampfes 9 Uhr.
Beginn der Vorstellung 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater
Große Frankfurterstr. 132.
Die Jüdin.
Oper in 5 Akten von F. F. Halévy.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Die Regiments-Tochter.
Sonnabend: Volksoper, keine Preise: Undine. — Im Garten:
Kinderfest „Sneewittchen“ Neues Programm, Anfang 5 Uhr.

W. Noacks Theater.
Brennenstraße 16.
Täglich: Konzert, Theater- u.
Specialitäten-Vorstellung.
„Amor“ der macht es.
Operette in 1 Akt von
W. Geise. Musik von R. Schmidt.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- u.
Specialitäten-Vorstellung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, Bureau: Engel-Allee 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Mittwoch, den 3. Juli 1901, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im „Friedrichstädtischen Kasino“, Friedrichstraße Nr. 236.
Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Revisors und zweier Beisitzer zur Ortsverwaltung. 2. Diskussion über den Bericht vom 11/11
1900. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! Die Vertrauensleute sind verpflichtet, den Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhandigen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Am Mittwoch, den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:
Vertrauensmännerversammlung
der Drechsler aller Bezirke.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf. 2. Berufstangelegenheiten. 106/4
Jede Werkstatt muß vertreten sein. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Turnverein „Fichte“.
Donnerstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15:
Außerordentl. Vereinsversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Bundesturntag in Hamburg. 2. Diskussion. 267/18
3. Geschäftsbericht.
Um pünktlichen und zahlreichem Besuch bittet
Der Vorstand.

Rixdorf.
Donnerstag, den 4. Juli d. J., abends 8 1/2 Uhr, in Gröpler's Salon, Bergstraße 147:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Aussperrung der Tabakarbeiter in Nordhausen. Referent: Genosse Kiesel. 2. Die Aussperrung der Glasarbeiter in Nienburg und Umgegend. 3. Die Bewegung der hiesigen Barbiergehilfen. 4. Geschäftsbericht.
Der Ueberblick der Versammlung wird den Ausgesperrten überwiesen. — Um zahlreichem Besuch bittet
Der Vertrauensmann der Gewerkschaften.

Socialdemokrat. Wahlverein für Coepenick
Sonnabend, den 6. Juli, im Lokale des Herrn Scheer (Wilhelmstraße):
Stiftungsfest
bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert unter gütiger Mitwirkung der Arbeiter-Gesangsvereine „Morgengrot“, „Heimatlänge“ u. „Glasarbeiter“ (Mittl. d. A. S. D.) sowie Theater, komischen Vorträgen und Tanz.
Zur Aufführung gelangt: Eine Frau mit Vorurteilen.
Anfang abends 7 Uhr. — Eintritt 30 Pf.
Büfett sind zu haben bei Aug. Rochlitz, Müggelseeuferstr. 2; Karl Nocke, Rich 1; Alb. Stippkohl, Schönerlindestr. 5; Franz Weber, Grünaustr. 1, sowie bei den Vorstands- und Komitee-Mitgliedern.
Ju recht zahlreichem Besuch ladet ein
Das Komitee.

Vereinsbrauerei-Ausschank (Rixdorf).
Am Mittwoch, den 10. Juli 1901, von nachmittags 4 Uhr ab:
Grosses Kinder- und Ernte-Fest
verbunden mit grossem Konzert und Gratis-Verlosung.
1. Hauptgewinn: 1 goldene Damenuhr; 2. Hauptgewinn: 1 Sportwagen, Ball etc. und Hunderte von anderen nützlichen Geschenken. Jedes Kind erhält 1 Waage oder 1 Schärpe oder 1 Stofftasche und 1 Kos gratis.
Bei eintretender Dunkelheit: Fackelparade, Luftballonfahrten, Feuerwerk etc. — Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet. — Für alle Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. — Entree: Erwachsene 15 Pf., Kinder 10 Pf.
H. Berndt, Wilmstr.

Wo amüsiert man sich grossartig?
In **Schnegelsbergs Festsälen,**
Hasenheide 21 und Jahustrasse 8.
Heute: **Grosser Ball und Thaler-Regen**
verbunden mit Cigarren-, Soubou-Regen und biederer Lieberausgaben. 14819
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
Einschleife meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne), den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. zu Veranlassungen und Festlichkeiten jeder Art.
Max Schindler.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Aus dem Volke.
Vollständiges mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Auftreten der Eccentric-Gesellschaft Hedwig Böring, des Grottesken-Komikers Paul Coradini, der Grottesken-Damen, Akrobaten, The Garays, Radfahrer, Mr. Bartlings lebende Photographien, Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nummerierter Platz 50 Pf.
Kalbo.

Schweizergarten
Am Kölligthor. Am Friedrichshalm.
Täglich:
Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend 10 Uhr:
Moderne Don Juans.

Sanssouci
Im Garten:
Täglich:
Hoffmanns-Nord-Sänger
und Konzert.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr, Wochenstags 6 Uhr, d. Soiree 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Sonntag, Montag und Donnerstag: **Tanzkränzchen.**
Wochenstags Vereinsbillets gültig, Tanz frei.

Gossmann-Konzertgarten
Königsbergstr. 48, an der Raghochstraße.
Jeden Sonntag gr. Frei-Konzert und Ball, Montag und Donnerstag Hamburger Sänger (Stiedl, Bohmer, Will Wolf usw.) Jeden Freitag Norddeutsche Sänger. Bei ungenügender Witterung im Saal, Raucher-Kränzchen.
Von der Reife zurück. 22536
Dr. Grotzahn, Alexanderstrasse 90.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz. 16149
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regalbahnen, Wärfelbahnen, Landlotterien, Blumenhand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzchen.

Neu eröffnet!
Albert Böhl, Rüdersdorferstr. 26 (früher Nr. 8).
Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß mein neues **Weiss- und Bayrisch-Bierlokal** mit großem Vereinszimmer (30 Personen) eröffnet ist und bitte um geneigten Zuspruch. 12535
freilegen der Nerven von den abgelagerten Selbstgiften durch geheizte intracutane Oxidation und auf bessere Ernährung derselben durch leichtere, vollkommene Verdauung der aufgenommenen Nahrung.
Jedem Neubau muß die Begründung des Schuttes vorangehen, und auch die rationelle Erneuerung des Nervensystems kann nur dann erfolgen, wenn der Organismus von den abgelagerten Stoffwechsel-Produkten entlastet wird.
Wir erreichen diesen Zweck durch **geheizte Sauerstoffzufuhr.** Eine neue patentierte Sauerstoff-Verbindung: Magnesiumperoxyd (Mg O₂) in Pulverform gestattet uns, den Kranken mit heftigen Reagen von Sauerstoff zu versorgen. Dieses einfache Mittel ist in seinen Wirkungen ganz hervorragend. Es führt dem kranken Körper neues Leben zu, und die lebhafteste Tätigkeit der Aufnahme- und Ausscheidungsorgane führt einen energiegelben Kampf gegen die Krankheit, welcher bei einiger Ausdauer zum heilbringenden Ausgang führt.
Es sind keine bloßen Theorien, die wir hier vertreten; es ist ein an vielen Tausenden von Kranken erprobtes und oft in zweifelhaften Fällen bewährtes Heilverfahren, welches wir dem Leser vorführen.
Ärztlichen Ratschlag darüber mit zahlreichem Heilberichten enthält ein Prospekt, welchen das ärztlich geleitete Institut für Sauerstoff-Heilverfahren „Vitalor“, Berlin W., Leipzigerstr. 26, gratis und franco versendet.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerksch.
Am Sonntag, den 30. Juni, starb unser Mitglied, der Maschinenformner **Gustav Fenner**
an Lungens- und Nierenleiden.
Er war einer unserer ältesten und besten Mitglieder.
Seine letzten Aushenken.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Kirchhofs aus statt. 250/8
Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.
Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß meine Tochter

Martha
im Alter von 14 Jahren am 28. Juni erkrankte. Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichshalde aus statt. 22466
Wih. Hansemann nebst Familie.
Danksagung.
Allen Freunden, Bekannten und Verwandten meinen herzlichsten Dank für die Teilnahme bei der Beerdigung meines Mannes. 22466
Fran Martha Danke.

Reichshallen
Heute und folgende Tage:
Gastspiel des altberühmten **Neumann-Bliemchen**
mit seiner Gesellschaft (Gerrit Blomchen, Horvath, Gippner, Tiesek, Zimmermann, Feldow und Ledermann).
Anfang: Montag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Am 1. August: Wiederbeginn der Solireen der Steitiner Sänger.

Partiewarenhaus!
Friedrichstr. 250 (Velle-Klinik-Gepl.).
Große Vorkauf reinwoll. Gabeln R. 7/8; Kattunstoffe R. 8/9; feid. Blusen R. 3; Oberbekleidungen R. 11/12; fertige und aufgesetzte Handarbeiten etc. zu billigen Preisen!
monatlich 10 M. liefert elegante
Herren-Garderobe
nach Maß, auch der Hälfte altertümliche Preise. Fert. Garderobe stets vorräthig.
Tomporowski, Spandauerstr. 19. II.

Elektra.
Neuer Abendkursus
für Gitarrenspiel und Montage.
1. Juli. Keine Vorkenntnis.
Anmeldungen scheinung
Neander-Strasse 4.
Prospekt gratis.
Herren-Anzüge,
Valeroid n. Maß, eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert
J. Anzberg, Landabergerstr. 13. pr.
Teilzahlung gestattet.

Für 30 Mark
fertige feine Anzüge nach Maß, für 30 M. n. Sommer-Galetts nach Maß, für 10-12 M. keine Hosen nach Maß.
Wiesentofflager
Krausenstr. 14 I, kein Laden.